Nr. 73. Mittwoch, 28. März 1900

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XIX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Reichstag.

Berlin, 26. März.

Der Reichstag überwies heute die **Seemannsordnung** nebst den drei Nebengesetzen an eine Commission nach sechsstündiger Berathung, welcher Reichskanzler Fürst **Hohenlohe** zum Theil beiwohnte. Die Vorlage fand auf fast allen Seiten eine günstige Aufnahme, da sie einen erheblichen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand bedeutet. Man sprach deshalb die Hoffnung aus, daß sie noch in dieser Session Gesetz werde.

Abg. **Frese-Bremen** (freis. Ver.) wies auf eine Reihe von Verbesserungen hin, welche die Vorlage den Seeleuten bringe. Bezüglich der Seeschöffengerichte meinte er, daß die Frage, ob sie nicht als zweite Instanz einzusetzen seien, mindestens offen gehalten werden müßte. Dagegen hielt er die Nichtgewährung der Coalitionsfreiheit für die Leute auf See für eine zweckentsprechende Maßregel, da die Coalitionsfreiheit leicht zu gefährlichen Gährungen unter den Mannschaften führen könnte. Ob den Seeleuten, so lange sie an Land sind, das Coalitionsrecht zu geben sei, werde die Commission zu prüfen haben.

Auch Abg. **Rettich** (cons.) begrüßte die Vorlage mit Freuden, doch warf er die Frage auf, ob nicht das Löschen und Laden an Sonntagen im Hafen ganz zu verbieten sei.

Der Socialdemokrat **Metzger** kam zu dem Schluß, daß die Seemannsordnung, wie sie vorliege, mehr im Interesse der Rheder gestaltet sei, als in dem der Seeleute. Besonders die Strafvorschriften ließen die Wohlthaten des Gesetzes höchst fragwürdig erscheinen. Das Seemannsamt habe sich durch seine drakonische Rechtsprechung bei den Seeleuten sehr mißliebig gemacht. Ganz unzulänglich seien die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und über die Disciplin. Redner vermißte namentlich das Coalitionsrecht. Seine Partei habe, wenn die Forderungen ihres Entwurfes von 1898 nicht erfüllt würden, kein Interesse an dieser Seemannsordnung.

Abg. **Spahn** (Centr.) erklärte sich mit vielen Bestimmungen einverstanden, verlangte aber bessere Vorschriften zu Gunsten der Sonntagsruhe und Einsetzung von Seeschöffengerichten wenigstens im Innern.

Staatssecretär Graf **v. Posadowsky** widersprach dem Verlangen nach Seeschöffengerichten, ein Coalitionsrecht zur See sei unmöglich. Die Klagen Metzgers über eine ungenügende Controle der Seetüchtigkeit von auslaufenden Schiffen erledigten sich dadurch, daß Deutschland bezüglich der Zahl der Schiffsunfälle günstiger dastehe, als fast alle anderen Staaten.

Abg. **Möller-Duisburg** (nat.-lib.) schloß sich im wesentlichen dem Abg. Frese an. Abg. Dr. **Lingens** (Centr.) trat für eine Verkürzung der Arbeitszeit ein.

Abg. **Raab** (Antis.) war im großen und ganzen mit der Vorlage zufrieden, machte aber verschiedene Bedenken geltend. Er verlangte schriftliche Festsetzung des Heuervertrages, die Ausdehnung der Disciplinargewalt auf alle Schiffsoffiziere gehe zu weit. Redner erklärte sich gegen die Prügel als Disciplinarmittel. Die Seeschöffengerichte seien erwünscht, ebenso das Coalitionsrecht zu Lande.

Es sprachen noch Geheimrath **Jonquières**, der Socialist **Schwarz-Lübeck** und Abg. **Hahn** (B. d. L.)

Morgen findet die dritte Lesung des Etats statt.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 26. März.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute außer kleineren Vorlagen den Gesetzentwurf betr. die Gewährung von **Zwischencredit bei Rentengutsbildungen** in zweiter Lesung mit einem Antrag Zedlitz an, der im § 1 die einschränkende Zweckbestimmung für die Creditgewährung beseitigen will, und einer Resolution, worin die Regierung ersucht wird, in der nächsten Session eine Vorlage einzubringen, die das Ansiedelungswesen einheitlich unter entsprechender Betheiligung der lokalen Verwaltungsbehörden regelt. Gegen den Antrag stimmten die Freisinnigen, gegen die Resolution die Freisinnigen und Nationalliberalen.

Morgen steht die zweite Berathung der Secundärbahnvorlage auf der Tagesordnung.

— Im Abgeordnetenhause brachte der Abg. v. Sanden-Tilsit (nat.-lib.) mit Unterstützung der nationalliberalen Partei folgende **Interpellation** ein: „Welche Maßregeln beabsichtigt die Regierung zu ergreifen, um den durch die anhaltenden schweren Stürme sehr geschädigten und in ihrer Existenz gefährdeten Bewohnern von Ortschaften am Kurischen Haff zu Hilfe zu kommen?"

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. März.

Die Flottenvorlage in der Commission.

Berlin, 27. März. Die Budgetcommission des Reichstages begann heute um 10 Uhr die Berathung der Flottenvorlage. Der Generaldebatte wurden auf Antrag des Centrums zunächst folgende an die Vertreter der verbündeten Regierungen zu richtende Fragen zu Grunde gelegt:

1) Welche Verhältnisse sind seit dem Erlaß des Flottengesetzes vom Jahre 1898 eingetreten, die eine Ausdehnung desselben nothwendig machen?

2) Wie ist das derzeitige Stärkeverhältniß der Flotten a. Deutschlands, Italiens und Oesterreich-Ungarns, b. Rußlands und Frankreichs, c. Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika?

3. Welche Verstärkung der Flotten dieser Staaten sind zur Zeit bereits bewilligt oder in Aussicht genommen?

4. Welches sind die Stärkeverhältnisse der Landarmeen der betreffenden Staaten?

5. Wie sind unsere politischen Beziehungen zu diesen Staaten?

6. Wieweit ist der vorgesehene Umfang der Flottenvermehrung begründet in a) der Abwehr der Blockadegefahr, b) dem Schutz der Handelsflotte, c) der Vertheidigung der verschiedenen Schutzgebiete?

7. Welche Ziele verfolgen die verbündeten Regierungen über vorstehende Aufgaben hinaus mit der geplanten Weltmachtpolitik?

Die Staatssecretäre v. Bülow und Tirpitz machten hierauf Mittheilungen in Bezug auf diese Fragen, die theils schon Bekanntes enthielten, theils vertraulicher Natur waren.

In den nächsten Tagen sollen noch weitere, ebenfalls vom Centrum formulirte Fragen an die Regierung gerichtet werden wie folgt:

8. Welche Steigerung der sonstigen Staatsausgaben ist mit Wahrscheinlichkeit bis 1920 zu erwarten, insbesondere durch Mehrkosten für Heer, Pensionsfonds, Festungsbauten, Ueberseekabel, Anlagen in Kiautschou, maritime Stützpunkte, Kohlenstationen, afrikanische Bahnen und Vermehrung der Colonialtruppen?

9. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, die alsbaldige Anlage eines Nickelstahl-Panzerplattenwerks zur Herstellung des gesammten Panzermaterials für die deutsche Kriegsflotte auf Rechnung des Reiches in Erwägung zu ziehen?

10. Welche neuen Steuern schlagen die verbündeten Regierungen unter Aufrechterhaltung des in Art. 8 des Flottengesetzes von 1898 festgestellten Grundsatzes zur Deckung der geplanten Flottenvermehrung vor?

11. Wie denken sich die verbündeten Regierungen die praktische Durchführung der §§ 1—3 der Flottenvorlage unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des § 7 des Flottengesetzes von 1898?

12. Wäre es nicht besser, die Verschiedenheit des geltenden und des geplanten Flottengesetzes in ein einheitliches Flottengesetz zusammenzufassen?

13. Inwieweit gedenken die verbündeten Regierungen den Nachtheilen zu begegnen, die aus der Vermehrung der Flotte für die **Landwirthschaft** zu befürchten sind?

14. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, im Interesse der Landwirthschaft a) eine Maximalpräsenzziffer für Heer und Flotte zusammen zu gewährleisten, die die Zahl der für beide Zwecke auszuhebenden Mannschaften auf ein erträgliches Maß beschränkt? b) für eine angemessene Erhöhung der Schutzzölle für landwirthschaftliche Erzeugnisse bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge energisch einzutreten?

Eine Rede des Prinzen Heinrich.

Bremen, 26. März. Bei dem gestrigen Festmahl toastete Senatspräsident Gröning auf den Kaiser und den Prinzen Heinrich und dankte diesem insbesondere für die Freundlichkeit und Leutseligkeit, mit der er den Vertretern des Deutschthums in Ostasien entgegengetreten sei. Prinz Heinrich sprach hierauf für die angenehmen Stunden, die er an den beiden letzten Tagen in Gegenwart des Bremer Senates verlebt habe, seinen Dank aus und fuhr dann, zum Bürgermeister gewendet, fort:

„Ew. Magnificenz betonten vorher, daß ich in der Lage gewesen bin, die Interessen Deutschlands im Auslande zu vertreten. Ich kann nur erwidern und versichern, daß mir dies eine leichte Aufgabe gewesen und zwar deshalb leicht, weil ich erstens einen Wiederhall fand in jenen deutschen Unterthanen, und zweitens einen Rückhalt wußte im engeren Vaterlande, und zwar in unserem allergnädigsten Herrn. Es ist in der letzten Zeit, in vergangenen Jahren, vielfach gesprochen worden von der „**Politik der offenen Thür**". Mir ist die Entstehung des Bremer Stadtwappens nicht gegenwärtig. Ich weiß nur so viel, daß es einen Schlüssel hat. Ich möchte nur hoffen und wünschen, daß dieser Schlüssel jene Thüren, die noch nicht offen sind, öffnen und gleichzeitig diejenigen, die schon offen sind, auch fernerhin offen halten möge. Es ist das eine Politik, meine Herren, für die wir Deutschen stets große Sympathien gehabt haben. In diesem Wunsche fasse ich zusammen, was ich dem Bremer Staat und der freien Hansastadt Bremen wünsche: weiteres Blühen und Gedeihen zu Deutschlands Ehre und zu ihrer eigenen Ehre."

Die Lage des Kohlenmarktes.

Berlin, 26. März. Der „Reichsanzeiger" schreibt: Die Kohlenindustrie steigert in erfreulichem Maße ihre Leistungen. Noch nie ist die Kohlengewinnung so hoch gewesen, wie im laufenden Monat. Am 23. März wurden an Steinkohlen und Coaks (ohne Braunkohlen und Brikets) durch die Staatsbahn 274 490 Tonnen abgefahren — die höchste bisher erreichte Tageszifter. Die in der Oeffentlichkeit mehrfach hervorgetretene Annahme einer engbegrenzten Lieferungsmöglichkeit der Zechen ist thatsächlich irrthümlich. Es kann vielmehr für die Zukunft eine weitere Steigerung der Kohlengewinnung mit Grund angenommen werden. Die Förderungseinrichtungen an sich würden eine sehr erhebliche Vermehrung der Production zulassen; diese Möglichkeit wird aber durch die vorhandenen Arbeitskräfte regulirt. Die bei ungestörtem Betriebe mit Recht zu erwartende Steigerung der Förderung im Jahre 1900 ist durch die königlichen Eisenbahn- und Bergbehörden im Verein mit den Interessenten des Bergbaues auf ein Mehr von über 10 Millionen Tonnen gegenüber der thatsächlichen Förderung des Vorjahres geschätzt worden. Die erregten Befürchtungen in den Kreisen der Kohlenverbraucher dürfen für die Zukunft einer ruhigeren Auffassung Platz machen, nachdem die Verhältnisse im Kohlenbergbau des Auslandes wieder geordneten Bahnen zugeführt sind und die gewohnte Betheiligung des Auslandes an Deutschlands Kohlenversorgung zu erwarten steht. Dazu kommt, daß die deutsche Kohlenausfuhr ins Ausland voraussichtlich zurückgehen wird, nachdem mit dem 1. April d. J. die eingeschränkten Lieferungsverträge in Kraft gesetzt sein werden.

Ein abermaliger Sieg des französischen Cabinets.

In der gestrigen Sitzung der französischen Deputirtenkammer interpellirte Duquesnay wegen der jüngst stattgehabten **Unruhen auf Martinique** und tadelte das Verhalten des Gouverneurs und anderer Beamten. Gerville-Réache rechtfertigte die Haltung der Civilbehörden und erhob gegen das Militär den Vorwurf, daß es ihm an Ruhe und Besonnenheit gefehlt habe, indem es auf die Streikenden feuerte. Colonialminister Decrais rechtfertigte die Haltung der Beamten auf Martinique und erklärte, es habe auf der Insel ein wirthschaftlicher Ausstand bestanden, niemals aber ein Rassenkampf. Die Lage sei übertrieben schwer geschildert worden. Die Regierung habe eine Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, wen die Verantwortung für die Unruhen treffe. Er bitte um die Unterstützung des Hauses, damit die Ruhe auf Martinique wieder hergestellt werde.

Ministerpräsident **Waldeck-Rousseau** nahm sodann die von Gerville-Réache vorgeschlagene Tagesordnung an, in welcher die Kammer ihr Vertrauen zum Ausdruck bringt, daß die Regierung mit der nöthigen Festigkeit die Ordnung und den Rechtszustand in Martinique wieder herstellen werde. Die Kammer sprach sich für die Priorität zu Gunsten dieser Tagesordnung mit 243 gegen 232 Stimmen aus. Lassene verlangte die Theilung dieser Tagesordnung und erklärte, daß zahlreiche Deputirte zwar meinen, daß die Ordnung in Martinique wieder hergestellt werden müsse, aber der Regierung nicht ihr Vertrauen schenken. Der Deputirte Simyan stürzte auf Lassene los und schlug ihn. Andere Deputirte eilten herbei, um die beiden Gegner zu trennen. Es herrschte große Aufregung im Saale.

Ueber den Schluß dieser Sitzung meldet der Telegraph:

Paris, 27. März. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärte, er glaube nicht, daß der Regierung wegen der Vorfälle in Martinique kein Vertrauen mehr von der Kammer entgegengebracht werde. Die Kammer nahm schließlich den ersten Theil der Tagesordnung Gerville-Réache, worin der Regierung das Vertrauen der Kammer zum Ausdruck gebracht wird, mit 285 gegen 239 Stimmen an. Der zweite Theil der Tagesordnung bezüglich der Wiederherstellung der Ordnung in Martinique wurde durch Handaufheben angenommen und hierauf die Sitzung aufgehoben.

Groß ist die Majorität für das Ministerium freilich nicht, aber doch reichlich genügend, es zu halten, wenn sie fest bleibt.

---

55) [Nachdruck verboten.]

Hans Eickstedt.

Roman in zwei Bänden von **Anna Maul.** (**M. Gerhardt.**)

Die drei ersten Acte, die nach wirkungsvoller Exposition die Handlung in rascher Steigerung zum Gipfel führten, schlugen zündend ein. Von Scene zu Scene steigerte sich die belebte Stimmung, und am Schluß des dritten Actes brach ein wahrer Beifallssturm los. Man rief nach dem Verfasser, und da er nicht sogleich erschien, hallte sein Name in immer wiederholten Rufen vom Rund des Theaters zurück. Endlich trat er vor den Vorhang und neigte sich dankend. Die vornehme Haltung der jugendlich männlichen Gestalt, das blasse edle Gesicht machten einen überaus gewinnenden Eindruck. Das Rufen und Klatschen wollte kein Ende nehmen.

In der Wandelhalle trat Hans zu Gertrud, die sich nebst ihren Verwandten von dem Menschenstrom hatte fortziehen lassen, dann aber in eine stille Ecke geflüchtet war. „Wie war es? Bist du zufrieden?" fragte er, ihre Hand krampfhaft pressend.

Sie schaute mit strahlendem Blick zu ihm auf. „Mich fragst du? Während der Beifallslärm uns noch in den Ohren klingt! Oh, Hans, wer hätte das erwartet. Das ist ja ein großartiger, überwältigender Erfolg!"

Sein Gesicht erglühte in flüchtigem Roth. „Ja — erwiderte er — und fuhr dann nach kurzem Schweigen auf: „Jetzt eine Kugel ins Hirn! Das wäre das Beste. Sterben im Augenblick des Triumphs — — Ich fürchte mich vor allem, was nachkommt, Gertrud! Ich habe genug gelebt. Genug und übergenug!"

Gertrud drückte seine Hand und sah ihn still und herzlich an. Sie wußte, was ihm das Weiterleben verleidete. Gestern hatte die Anzeige von Irmgards Vermählung mit Herrn Frederik Tietjens in den Zeitungen gestanden.

Inzwischen drängten sich Bekannte und Unbekannte, Schriftsteller, Journalisten, Schauspieler in Eickstedts Nähe, und er hatte Glückwünsche, Händedrücke, Vorstellungen, Lobeserhebungen in Empfang zu nehmen. Er erledigte sich seiner Aufgabe mit Tact und guter Laune, trotz seiner heftigen Erregung — und trotz seiner Todesgedanken.

„Er wird es überwinden", dachte Gertrud, die, von seinem bittenden Blick festgehalten, an seiner Seite geblieben war. „Er ist zu Großem bestimmt. Und wo hätte ein Mann ein hohes Ziel erklimmt, auf dessen Lebensweg nicht der Schatten einer zerstörten Jugendliebe gefallen wäre!"

Als schon das Glockenzeichen gegeben worden und das Foyer sich leerte, trat ein älterer Herr mit einer auffallend schönen jungen Dame am Arm heran. Gertrud erkannte Martinys.

Der Geheimrath nahm beide Hände des jungen Dichters. „Freue mich — freue mich unbeschreiblich! Alles geht über Erwarten gut. Giebich ist ganz vorzüglich. Die Hellmer sehr brav — nur leider ein bischen zu reif für dieses liebliche Räthsel, Ihre Hildegard."

„Das fürchtete ich, das wußte ich", erwiderte Hans consternirt.

„Nun, es kommt nicht darauf an", tröstete Martiny. „Das Stück verschwindet nicht sobald von den Brettern, und es wird sich noch manch eine junge Kraft daran versuchen."

„Wo waren Sie nur während der Vorstellung untergetaucht, Doctor Eickstedt?" fragte Vera. „Ich konnte Sie nirgend entdecken. Hatten Sie Angst?"

Er lächelte. „Kanonenfieber, natürlich. Ich horchte hier und dort im Publikum herum, wie sich die Stimmung gestalte —"

„Wollten Sie Ihr Lob aus ungetrübter Quelle hören?"

Der Strom, der auf ihre Plätze Zurückeilenden drängte sich zwischen Gertrud und die Vorangehenden. Von ihrem Platz aus bemerkte sie dann Hans, der mit Martinys in eine Prosceniumsloge eintrat und hinter Vera stehen blieb. Auch Wally bemerkte ihn und unterließ nicht, ihre Glossen zu machen.

„Wie findest du das, Philipp, Martinys schneiden uns, als hätten sie gänzlich vergessen, daß sie die Bekanntschaft dieses neuen Sterns uns danken? — Und unser theurer Herr Neffe selbst — dem hat sein zukünftiger Ruhm auch schon den Kopf wirblig gemacht — wir wollten ihm ja auch unsere Huldigungen zu Füßen legen — aber wir waren Luft fur ihn."

„Ihr müßt ihm das nicht übelnehmen", entschuldigte Gertrud. „Ihr könnt ja denken —"

„Na ja! — Philipp sagt auch, dräng' dich nicht vor, Wally, heut' haben andere das große Wort — aber ich denk', wenn er für dich da ist — man ist doch auch verwandt mit ihm, und freut sich, und möcht' ihm die Hand drücken!"

„St!" machte Philipp, denn der Vorhang war schon in die Höhe gegangen.

„Und das soll er mir doch erklären, warum seine Mutter —"

Jetzt ermahnten auch andere zum Schweigen, und Wally verschluckte den Rest ihres Satzes.

Die beiden letzten Acte schwächten den Eindruck der ersten ein wenig ab. Der Beifall war lauer, verstärkte sich jedoch zum Schluß wieder, und mit den Trägern der Hauptrolle wurde auch der Dichter wiederholt vorgerufen, verschmähte jedoch, sich zu zeigen.

Er erwartete Gertrud und Hennings am Ausgang und drückte auch Fräulein Stahmer, dankbar für ihre überschwänglichen Lobespenden, die Hand.

„Einige Freunde haben ein kleines Abendessen zu Ehren des „Eisenkönigs" in „Stadt Athen" veranstaltet. Möchtest du daran Theil nehmen, Gertrud? Onkel Philipp, Tante Wally, wie denkt Ihr? Fräulein Stahmer — es würde mir eine große Ehre sein —"

„Danke verbindlichst, Herr Doctor, mir ist leider spätes Aufbleiben vom Arzt untersagt — und man müßte doch ein Glas Wein trinken — das ist mir Abends Gift", lehnte Fräulein Stahmer ab.

„Aber lassen Sie mich wiederholen — ich bin entzückt! Ich war auf jugendliche Maßlosigkeiten gefaßt, wie angenehm mußte mich da die edle Reife Ihrer Dichtung überraschen! Ich bin stolz darauf, Ihr Genie früher als alle anderen erkannt zu haben."

„Was meinst du, Philipp?" fragte Wally beiseit. „Die Martinys kennen wir doch, wenn die dabei sind —"

„Ich muß morgen zeitig im Bureau sein", brummte Henning. „Aber wenn es ohne dich durchaus nicht geht —"

„Ach, Unsinn! Bloß, weil man schon kaum mehr weiß, wie Menschen aussehen — und dann ist er doch unser Neffe, es ist eigentlich Pflicht und Schuldigkeit, besonders da seine Mutter —"

„Na gut also — ce que femme veut —"

„Nein, nein, laß man! Du hast doch keinen Mum darauf, das seh' ich schon. Also, Hans, Kind, wir haben nächsten Sonntag Mittag einen feinen Rehrücken —"

Hans war jedoch mit Gertrud ein Stück voraus, durch den Menschenstrom aus den oberen Rängen von Hennings abgeschnitten, und sollte niemals erfahren, welcher Genuß ihm zugedacht war.

„Lassen wir ihn laufen!" sagte Philipp philosophisch. „Der wird jetzt mehr Rehrücken und Schildkrötensuppe essen, als er verdauen kann."

(Forts. folgt.)

Vom südafrikanischen Kriege

liegen heute wieder einmal nur wenig Nachrichten von Belang vor. Die Situation ist dieselbe wie in den letzten Tagen. Die Engländer sehen, wie es in einer Meldung aus Bloemfontein heißt, ihre nächste Aufgabe darin, das Land im Rücken der vorgehenden Streitkräfte und damit die Verbindungslinie durchaus zu sichern, und daran fehlt noch viel, im Süden des Oranjestaates sowohl als im Westen. Von General Gatacre schweigen die Meldungen beharrlich. Da aber seit dem Gerücht von seiner Gefangennahme der Truppen Gatacres wieder Erwähnung geschehen ist, seiner Person dagegen nicht, so ist es begreiflich, daß dieses Gerücht von neuem Nahrung erfahren hat. Im übrigen ist nicht zu vergessen, daß Lord Roberts sowohl wie Kitchener von vornherein möglichst wortkarg in der Berichterstattung gewesen sind und besonders über die Pläne, mit denen sie sich tragen, sich nicht ausgiebig zu äußern lieben.

Einen Mißerfolg haben die Briten jedenfalls wiederum zu verzeichnen, nicht durch das Erleiden einer directen Schlappe, wohl aber durch das Mißlingen eines Schlages, zu dem sie planmäßig ausgeholt hatten. Der Vorstoß des Generals French von Bloemfontein nach Osten zu dem Zwecke, den von Süden her retirirenden Boerencommandanten Olivier abzufangen, hat sein Ziel verfehlt, wie folgende englische Drahtmeldung zugiebt:

London, 27. März. Die „Daily News“ melden aus Bloemfontein vom 25. d.: General French ist mit seiner Cavallerie hierher zurückgekehrt, ohne daß er mit dem Feinde zusammengetroffen ist. Eine Anzahl von Burghers in den von French durchzogenen Birezken hat die Waffen niedergelegt.

Der Gouverneur der Capcolonie, **Milner**, setzt inzwischen seine Inspectionsreise in den nördlichen Grenzgebieten fort. Einem Telegramm aus Capstadt zufolge hat er sich gestern von Aliwal North nach Bethulie begeben.

Der Aufstand in Griqualand

lodert noch immer in hellen Flammen und nimmt, wie selbst die englischen Berichte zugeben, eher zu als ab. So wird heute auf dem Drahtwege berichtet:

Barkly-West, 26. März. Ein 400 Mann starkes Boeren-Commando hat Papkuel wieder besetzt und die Aufrührer im Herbert-Districte gezwungen, sich der Transvaal-Republik wieder anzuschließen. Es ist in dieser Gegend zu ausgedehnten Plünderungen gekommen.

London, 27. März. Der „Daily Mail“ wird aus Capstadt vom 26. März bestätigt: Heute geht von Kimberley eine Expedition ab; ihr Hauptziel ist der von Boeren besetzte Ort Griquatown.

Wo sich gegenwärtig Lord Kitchener aufhält, der unlängst zur Ausrottung des Aufstandes in das Griqualand geeilt ist und Prieska, südwestlich von Griquatown, besetzt hat, darüber herrscht absolutes Schweigen. Jedenfalls hat er nun, ehe er den geplanten Marsch nach Mafeking antreten kann, noch schwere Arbeit in Griqualand selbst zu thun.

Lord Methuens Vormarsch

nach Mafeking ist ebenso zum Stillstande gekommen. Er hat den Vaalfluß bei Warrenton-Fourthenstreams trotz wiederholter Versuche nicht zu überschreiten vermocht. Die Boeren halten die Höhen auf dem Nordufer des Flusses, dessen Brücken und Fähren zerstört sind. Ein Versuch, von Boshof aus ihre Stellung zu umgehen, mißlang und Lord Methuen wartet, daß man ihm von Kimberley das nöthige Material zum Bau einer Pontonbrücke sendet, nach dessen Eintreffen er seinen Vormarsch fortsetzen will, „wenn das opportun erscheint“, wie der Correspondent der „Daily News“ meldet. Er scheint auch damit keine Eile zu haben und hat sich, wie früher, an der Modder Verstärkungen erbeten, während er inzwischen sein Artillerieduell, „ohne ernste Verluste für beide Seiten“, fortsetzt. Der eben erwähnte Correspondent betont, daß die Stellung der Boeren noch nicht recht fest stehe, da sie rauchschwaches Pulver verwendeten und das Blitzen ihrer Geschütze gegen den hellen Himmel und die durchsichtige, zitternde Luft nicht sichtbar sei. Indeß wäre es offenbar, daß der Uebergang über den Fluß hartnäckig vertheidigt werden werde.

Aus Natal.

London, 27. März. Der „Daily Mail“ wird aus Ladysmith vom 25. telegraphirt: Heute ging hier die Meldung ein, daß die Boeren sich am Van Reenenspaß stark verschanzt haben und sich mit schweren Geschützen auf die Entfernungen einschießen.

Verluste an Frauen.

In der amtlichen Liste der Boerenverluste sind bis zum 15. Januar auch die Namen von 40 Frauen, die von englischen Kugeln getödtet oder verwundet wurden, eingetragen. Das Alter der Jüngsten wird auf 13 Jahre angegeben und das Alter der Aeltesten auf 29 Jahre.

Expansiv- und Explosiv-Kugeln.

Im englischen Unterhaus erklärte Parlamentssecretär des Kriegsamts Wyndham auf eine Anfrage, Feldmarschall Roberts habe mitgetheilt, daß eine Menge Expansivkugeln im Lager Cronjes und an anderen Stellen gefunden worden sei. Es herrsche kein Zweifel darüber, daß britische Soldaten durch solche Kugeln verwundet worden seien. Im Hinblick auf die Antworten der Präsidenten Krüger und Steijn auf den Protest Roberts' (gegen die Anwendung solcher Kugeln) scheine ein weiteres Vorgehen in dieser Angelegenheit für den Augenblick nicht möglich. Dillon fragte dann, ob Wyndham die Frage beantworten wolle, ob Mengen von Explosivkugeln im Boerenlager versteckt gefunden wurden und ob er sagen wolle, auf welches Zeugniß hin er erkläre, daß die britischen Truppen durch Expansivkugeln verwundet worden seien. Wyndham erwiderte, daß er das auf das Zeugniß zahlreicher ärztlicher Berichte hin thue. Er habe sich des Wortes „Expansiv“ und nicht „Explosiv“ bedient, weil die bei weitem größte Zahl jener Kugeln passender „Expansiv“- als „Explosiv“-Kugeln genannt würden. Man habe auch einige Kugeln gefunden, die auf der Jagd zur Verwendung kommen und in passender Weise als Explosivkugeln bezeichnet werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: Gegenüber den Gerüchten über einen angeblich bevorstehenden Wechsel auf dem Posten des deutschen Botschafters in Petersburg sind wir in der Lage bestätigen zu können, daß es sich dabei um falsche Ausführungen handelt. Von einer Abberufung des Fürsten Radolin ist nicht die Rede gewesen.

* **[Zur Berliner Bürgermeisterwahl]** wird berichtet, daß die Wahl des Bürgermeisters Brinkmann in Königsberg i. Pr. noch keineswegs als sicher anzusehen ist; denn wenn auch der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung mit 9 gegen 5 Stimmen, welche auf Stadtsyndicus Meubrink fielen, beschlossen hat, der Versammlung die Wahl des Herrn Brinkmann zu empfehlen, so ist es doch sehr zweifelhaft, ob das Stimmenverhältniß in der Stadtverordneten-Versammlung dasselbe ist. Die Gegner des Herrn Meubrink waren stärker im Ausschuß vertreten, als seine Freunde. Im Plenum der Versammlung wird, wie man in Stadtverordnetenkreisen als sicher annimmt, zwischen den Candidaturen Brinkmann und Meubrink ein heißer Kampf entbrennen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. März. Das officiöse halbamtliche „Fremdenblatt“ meldet aus **Brüssel**: **König Leopold** von Belgien hat entschieden, daß der **Kronprinzessin Stephanie** weder der Titel „Königl. Hoheit“ noch „Prinzessin von Belgien“ zukommen dürfe. Von der Entscheidung ist das Oberhofmeister-Amt in Wien verständigt worden. Die Kronprinzessin führt nunmehr den Namen Gräfin Lonyay ohne weiteren Titel.

England.

London, 27. März. Die „Daily Mail“ meldet aus Schanghai: Die **Kaiserin-Wittwe** hat zwei chinesische Kreuzer angewiesen, nach den Straits Settlements zu gehen und dort zusammen mit einigen dorthin entsandten Leuten zu versuchen, Kangyuwei und andere dort befindliche Reformer lebend oder todt in ihre Gewalt zu bekommen. Die Kaiserin-Wittwe glaubt, daß es den Kreuzern, welche in der Stunde 24 Knoten zurücklegen, möglich sein werde, den britischen Kriegsschiffen zu entkommen.

Italien.

Rom, 25. März. Als die **Kronprinzessin** heute vor der Universität in **Neapel** vorüberfuhr, begrüßte eine Anzahl **republikanischer Studenten** sie mit **respectlosen Zurufen**. Die monarchistischen Studenten nahmen Partei für die Prinzessin, und es entstand eine allgemeine Prügelei, die sich in die Hörsäle fortpflanzte. Alle Vorlesungen wurden unterbrochen, und die Universität bis auf weiteres geschlossen.

Bulgarien.

* **[Wiedervermählung des Fürsten.]** Die „Wiener Allg. Ztg.“ meldet aus Sofia, daselbst erhalte sich das Gerücht von der bevorstehenden Vermählung des Fürsten Ferdinand mit einer russischen Großfürstin und dem Uebertritt des Fürsten zur orthodoxen Kirche.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 27. März.

Wetteraussichten für Mittwoch, 28. März,
und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Wenig veränderte oder sinkende Temperatur, meist heiter. Stellenweise Nebel.

* **[Herr Oberbürgermeister Delbrück]** kehrt Ende dieser Woche aus Berlin hierher zurück.

* **[Von der Marine.]** Herr Oberwerftdirector, Contre-Admiral v. Prittwitz und Gaffron hat sich nach Kiel und Wilhelmshaven etc. begeben und kehrt voraussichtlich am 4. April hierher zurück.

* **[Inspection.]** Gestern Vormittag erschien Herr Admiral Köster (wie bereits kurz in der gestrigen Ausgabe gemeldet) auf der kaiserlichen Werft zunächst zur Inspicirung der Panzerkanonenboots-Division, welche bis nach 12 Uhr dauerte. Nach einer in der Wohnung des Herrn Ober-Werft-Directors zugebrachten kurzen Pause besichtigte der Herr Admiral die Werft, worauf dann mit der Werft-Yacht eine Fahrt nach dem Marine-Kohlenlager bei Neufahrwasser unternommen wurde. Die Rückreise des Herrn General-Inspecteurs der Marine nach Kiel erfolgte dann gestern Abend.

* **[Felddienstübung.]** Heute Vormittag fand im Gelände bei Wonneberg, Müggau etc. eine große Felddienstübung der gesammten Garnison statt. Sämmtliche hiesigen Truppentheile, auch das 1. Leibhusaren-Regiment und das Train-Bataillon sowie die in Neufahrwasser stationirten Truppen, kamen dazu nach Danzig, um dann durch das Neugarter Thor in das Uebungsgelände zu marschiren. Mittags waren die Truppen noch nicht zurückgekehrt.

* **[Von der Weichsel.]** Wasserstand bei Warschau heute 2,07 (gestern 2,26) Meter.

* **[Umzugstermin.]** Wie wir schon vor guten acht Tagen mittheilten, ist in diesem Jahre, weil der 1. April auf einen Sonntag fällt, der 2. April der erste Umzugstag. Eine Bekanntmachung des Herrn Polizeipräsidenten macht hierauf besonders aufmerksam.

* **[Westpreußische Landwirthschaftskammer.]** Gestern, Montag, Nachmittag begann die westpreußische Landwirthschaftskammer ihre Frühjahrs-Plenarsitzung. Der Vorsitzende, Herr von Oldenburg-Januschau, eröffnete dieselbe mit dem üblichen Kaiserhoch. Als Vertreter der Staatsregierung war Herr Regierungsrath von Busenitz anwesend. Derselbe wurde vom Vorsitzenden begrüßt, der dem Bedauern Ausdruck gab, daß der Herr Oberpräsident an den Verhandlungen nicht Theil nehmen könne. An ihn soll ein Telegramm der Kammer abgesandt werden, das diesem Gefühle Worte verleiht. Auch an den erkrankten früheren Vorsitzenden Herrn v. Puttkamer-Plauth soll ein Begrüßungstelegramm abgehen. Es werden sodann gewählt: Eisenbahnpräsident **Greiner** als cooptirtes Mitglied in den Vorstand, **Wunderlich** als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand der Elbinger Productenbörse, und zwar beide per Acclamation. Aus den weiteren Verhandlungen heben wir Folgendes hervor:

Die Umlage für das Etatsjahr 1900/1 soll auf $^5/_4$ Pfennig pro Thaler festgesetzt werden. Der Vorsitzende führt dazu aus, daß der Betriebsfonds eingeschränkt und das Geld der Heerdbuchgesellschaft ebenfalls zurückgegangen sei. Generalsecretär Steinmeyer giebt noch einige Erläuterungen. Zur Unterstützung der Posener Schau sind von der Regierung nur 2000 Mk., im Höchstfalle 3000 Mk. bewilligt, während die Kammer auf 10 000 Mk. gerechnet hat; da aber der Heerdbuchgesellschaft bereits Zusage in dieser Höhe seitens der Kammer ertheilt ist, so müssen ca. 8000 Mk. von dieser getragen werden. Früher betrug die Umlage $^3/_4$ Pfg. gleich $^1/_4$ Proc. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Höhe der an die Heerdbuchgesellschaft zu bewilligenden Mittel. Es soll ein Ausgleich zwischen den Ueberweisungen an die Heerdbuch- und Stutbuchgesellschaft stattfinden. Da Herr **Borowski** dem bisherigen Beschlusse der Kammer widerspricht, und der Gegenstand auf die Tagesordnung nicht gesetzt ist, so darf nach der Geschäftsordnung ein Beschluß von der Kammer nicht gefaßt werden. Nach ziemlich erregten Auseinandersetzungen erklärte der Vorsitzende, die Sache auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Damit war der Gegenstand erledigt.

Referent **Gropius-Hohenstein** spricht weiterhin über das Anerbenrecht. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch macht neue Beschlüsse über das Anerbenrecht nothwendig. In der Ministerial-Verfügung vom 17. Dezember 1898 wurden die Landwirthschaftskammern angewiesen, sich über das Recht schlüssig zu machen. Unkenntniß des Grundgedankens und der Tendenz der früheren Gesetze zum Anerbenrecht haben demselben Mißtrauen entgegengebracht. Bei den bestehenden Gesetzen ist den Besitzern vollkommen freie Hand gewährt, bei Lebzeiten und im Todesfalle über das Object zu verfügen und geht nur, wenn der Besitzer ohne Testament verscheidet, der Besitz in die Hand des Anerben über. In der Provinz sind die Anschauungen über das Anerbenrecht, das nur für den mittleren und kleineren bäuerlichen Besitz Zweck hat, schon denjenigen im Gesetz entsprechend. Die Animosität gegen dasselbe fußt darauf, daß dieses eine große Bevorzugung dessen, der das Besitzthum übernimmt, enthält. Daß in der Niederung der Provinz die Stimmung gegenüber dem Anerbenrecht eine andere ist, wie auf der Höhe, ist erklärlich. Das westfälische Anerbenrecht hat viele Vorzüge gegenüber den anderweiten. Um etwaigen die Geschwister benachtheiligenden Machinationen des Anerben vorzubeugen, bestimmt das Gesetz, daß, wenn vor 20 Jahren der Besitz vom Anerben verkauft wird, derselbe verpflichtet ist, das Anerben zu gleichen Theilen den Geschwistern zurückzuzahlen. Um das Gesetz mundgerecht zu machen, sind noch andere Vorkehrungen getroffen, damit die Nachkommen des Besitzers nicht zu sehr gegenüber dem Anerben zurückgesetzt werden. Das Anerbenrecht würde für unsere Provinz passen, da es sich eingelebt hat; wir müßten es nach dem Muster des westfälischen construiren. Durch Umfrage bei den Besitzern seitens der landwirthschaftlichen Vereine haben sich 13 für, 52 gegen das Recht erklärt. Das kann, nach Ansicht des Referenten, nur auf Mißverständniß beruhen. Die Resolution des Referenten geht dahin:

„Die Kammer wolle beschließen, es empfiehlt sich, daß das bereits für die Ansiedelung der Rentengüter seit 1896 bestehende, nur für Westfalen 1898 eingeführte Anerbengesetz mit den durch die hiesigen Verhältnisse bedingten Aenderungen auch für Westpreußen eingeführt wird. Die Kammer kann sich aber der Anschauung nicht entziehen, daß ein solches Gesetz auch nur noch für kurze Zeit erhaltend auf den mittleren Grundbesitz wirken kann, wenn nicht durch energisches Vorgehen der Regierung auf gesetzgeberischem Wege, besonders in der Zollpolitik helfend eingegriffen wird und mit der bisherigen, das industrielle Großkapital und den internationalen Großhandel begünstigenden Politik gebrochen wird.“

Herr **Lippke-Podwitz** ist durchaus ein Gegner des Anerbengesetzes. Eventuell würde bei unseren darniederliegenden Verhältnissen in der Landwirthschaft durch die Folgen des Anerbenrechtes der Socialdemokratie Vorschub geleistet werden. Nach kurzer Erwiderung des Referenten führt Herr v. **Kries-Trankwitz**, der den Berathungen des Landesökonomie-Collegiums in Berlin beigewohnt hat, aus: Ich bin gleichfalls ein Gegner des Gesetzes. Es ist unangemessen, wenn von Staatswegen mit rauher Hand in das Gewohnheitsrecht unserer Besitzer eingegriffen wird. Früher, wo die Landwirthschaft noch in Blüthe stand, war das Anerbengesetz vielleicht am Platze. Aber heute liegt die Sache ganz anders. Redner führt zur Illustrirung seiner Ansicht ein Beispiel an. Das Gesetz würde u. a. der Weg zum Bankerott sein, wenn den anderen Geschwistern des Anerben gar nichts übrig bliebe. In 96 von 100 Fällen wird bei uns kein Testament gemacht, so daß mit großer Wahrscheinlichkeit in ethischer und wirthschaftlicher Hinsicht mindestens kein Vortheil durch das Gesetz für unsere Verhältnisse entstände. Bei unseren Gewohnheiten der freien Verfügung würde das Gesetz nur nachtheilig wirken. — Herr v. **Bieler** tritt dem Vorredner entgegen und weist manche Behauptungen desselben zurück. Er sei zuerst Gegner des Gesetzes gewesen, jetzt aber Freund desselben. Wo ist denn die „rauhe Hand“, von der v. Kries sprach; im Gegentheil, die Hand des Staates ist in diesem Falle sogar zart zu nennen. Die Behauptung, das Anerbenrecht führe zum Bankerott unserer Besitzer, ist geradezu ungeheuerlich. Das Anerbenrecht hat große Vorzüge gegenüber den Fideicommissen, daher darf eigentlich kein Unterschied zwischen Groß- und mittlerem Grundbesitz in Bezug auf dieses Gesetz gemacht werden. Es handelt sich im Grunde für uns nur darum: Wollen wir das Bürgerliche Gesetzbuch oder das Anerbengesetz? Ich glaube, man erweist dem kleineren und mittleren Besitz einen Gefallen, wenn man für das Gesetz stimmt. — Herr **Krüger-Alt Thorn** spricht energisch gegen das Gesetz. Wir Bauern brauchen das nicht. Es würde nur Feindschaft in die Familien säen. — Herr Regierungsrath v. **Busenitz**: Ich möchte das Mißverständniß aufklären, daß das Gesetz dem Grundbesitz aufoctroyirt werden soll. v. Schorlemer-Alst war derjenige, der die Anregung für die Aufstellung eines Anerbengesetzes für Westfalen im Landtage s. Zt. gegeben hat. Er als Führer der westfälischen Bauernschaft konnte unmöglich einen Gesetzentwurf empfehlen, von dem er überzeugt war, daß er zum Schaden des Bauernstandes gereiche. Gerade eine Bekämpfung der Socialdemokratie erwartet v. Schorlemer von dem Gesetz. — Herr **Voigt-Neu-Eichfelde** meint, es wäre die Hauptsache, daß der bäuerliche Grundbesitz in den Händen derselben Familie bleibe. Das Sprichwort: „Ubi bene, ibi patria“ ist für unsere Landwirthschaft geradezu ein Verderben. Der Bauernstand muß unterstützt werden dadurch, daß das Erbrecht gestützt wird, daß es von Anfang an feststeht. Nur Leute, die auf der Scholle ihres von den Vätern ererbten Besitzes sich wohlfühlen, werden auch in allen Corporationen für ihren heimischen Besitz kämpfen. Wir haben die Pflicht, das Gesetz nicht von der Hand zu weisen. Das ist das Wichtigste, was bisher an die Kammer gekommen ist, wir dürfen es nicht über das Knie brechen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nun mit großer Majorität angenommen.

Nach einem Schlußwort des Referenten folgt die Abstimmung über die Resolution, welche gleichbedeutend ist mit Annahme des Anerbenrechts überhaupt. Mit 28 gegen 24 Stimmen wird die ganze Resolution angenommen.

Ueber die Thätigkeit der Commission zur Berathung der Maßregeln zur Linderung der Leutenoth wird nunmehr von Herrn Meyer-Rottmannsdorf berichtet. Zu diesem Punkte liegt ein Entwurf von Satzungen vor für die Landarbeiter-Ansiedelungsgenossenschaften, der vom volkswirthschaftlichen Ausschuß der Kammer fertiggestellt ist und 38 Paragraphen umfaßt. Das Thema, so führt Referent aus, ist schon sehr häufig in den landwirthschaftlichen Vereinen erörtert worden. Seit Erlaß des Freizügigkeitsgesetzes entbehrt das Unterstützungswohnsitzgesetz und das Schullastengesetz jeder Berechtigung. Daß der Unterstützungswohnsitz bei zweijährigem Aufenthalt erworben wird, entspricht keineswegs den heutigen Verhältnissen. Schlimmer als Armenlasten sind die Schullasten. Diese erschweren außerordentlich eine Colonisation. Nicht auf den Gutsbezirken sammeln sich die Colonisten, wohl aber in jeder kleinen Gemeinde. Wir geben die Arbeitskräfte im allgemeinen an die Städte ab und müssen noch dafür die Lasten für den Unterricht der Jugend tragen. Die genannten Punkte erfordern eine Aenderung der Gesetzgebung. Es würde sich empfehlen, an die Regierung, die beiden Häuser des Landtages und eventl. die einzelnen Abgeordneten eine darauf hinzielende Petition zu richten. Zur Frage der inneren Colonisation bringt Referent im Anschluß an einen Antrag Richter-Zaskocz, der von der inneren Colonisation handelt, folgenden Zusatzantrag ein: „Die Landwirthschaftskammer tritt mit der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt in Verbindung, um letztere zu veranlassen, zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen unter ähnlichen Bedingungen wie in Schlesien und Sachsen Gelder bereit zu stellen.“

In Bezug auf die Arbeiter-Colonisation kann man nicht schematisch vorgehen. Unser Vorschlag ist nur ein Weg, zu dem noch andere hinzukommen können. Die Vorschläge, die wir gemacht haben, reichen doch nicht aus, die Arbeiternoth zu beheben. Die Regierung muß ihr Theil dazu beitragen durch höhere Löhnung der Arbeiter. Redner bittet schließlich um Annahme der vorliegenden Beschlüsse. Herr **Päsler-Mienthen**, Correferent, giebt seiner Ansicht Ausdruck, daß die Materie eine sehr schwere sei. Wir müssen dahin streben, kleine Güter und Häuslerstellen zu gründen, um die Leute seßhaft zu machen. Eine Instanz zu finden, die die Angelegenheit in die Hand nimmt, ist außerordentlich heikel. Das Ziel, eine Genossenschaft zur Ansiedelung zu gründen, worauf Referent hinwies, ist auch uns genehm. Eine Provinzialgenossenschaft halte ich aber besser als eine Kreisgenossenschaft. Ich bitte dringend die Genossenschaftsstatuten anzunehmen und sich an der Beitragszeichnung für die zu gründenden Genossenschaft zu betheiligen. Man muß aber die Seßhaftmachung beeilen; ein Bedenken zwar ist dabei: unsere alten Instleute werden die ersten sein, die sich ansiedeln. Aber das müssen wir mit in den Kauf nehmen. Man kann aber kein besseres Mittel finden, als das der Ansiedelung.

Hr. Landeshauptmann **Hinze** hält die Frage der Seßhaftmachung für noch viel wichtiger als das Anerbenrecht. Der Landwirthschaftsminister beschäftigt sich auch damit. Die großen Garnisonen sind ein bitterer Nachtheil für die Landwirthschaft. Denn die beim Heere dienenden Landarbeiter finden schließlich das Leben in der Stadt viel schöner als auf dem Lande. Also Garnisonen in kleineren Orten helfen dagegen und bilden so ein kleines, aber nicht zu verachtendes Mittel zur Linderung der Leutenoth. In Bezug auf den vorgeschlagenen Bau von Arbeiterwohnungen bin ich durchaus bereit, derartige Bestrebungen zu unterstützen. Die Provinzialverwaltung hat schon früher einen Betrag bis zu 400 000 Mk. über die mündelsicheren Gelder hinaus zur Arbeitercolonisation durch Wohnungsbau bereitzustellen beantragt und auch vom Provinziallandtag bewilligt erhalten. Doch sind wir später bureaukratischen Schwierigkeiten seitens des Reichsversicherungsamtes begegnet. Ich stehe also, um es nochmals zu betonen, der Sache sehr sympathisch gegenüber.

Herr **Richter-Zaskocz** plaidirt für seinen Antrag. Wir müssen die bei uns herangewachsene Bevölkerung seßhaft machen, indem wir ihr in Aussicht stellen, bei lohnender Arbeit und Fleiß zu eigenem Besitzthum zu gelangen.

Hr. Präsident der Generalcommission v. **Baumbach-Bromberg** ist dankbar dafür, daß er den Verhandlungen als Gast beiwohnen könne. Die Besiedelung sei das beste Mittel zur Linderung der Arbeiternoth, aber auch bei unserem heutigen complicirten Staatsmechanismus höchst schwierig. Er halte für gut, sich nicht sogleich in einer Resolution festzulegen. Eine Besiedelung durch Organe der Kreisselbstverwaltung hält Redner für finanziell ungünstig und nicht angebracht. Arbeiter allein für die Colonisation wären ganz unzureichend und könnten u. U. nur eine Last und Plage für die Provinz bilden. Die Ansiedelung der Arbeiter müsse im Anschluß an die allgemeine Colonisation vor sich gehen. Die Rentenbank sei bei dem heutigen Stande der Gesetzgebung nur verwerthbar für kleineren und mittleren Besitz, aber nicht für Arbeiterstellen. Es müsse also eine Aenderung der Gesetze nach der Richtung erfolgen, daß die Rentenbank auch für die Arbeiterstellen nutzbar gemacht würde. Redner glaubt, die Landwirthschaftskammer würde mit der Empfehlung der Besiedelung sich großes Verdienst erwerben.

Herr **Gropius-Hohenstein** hält für das Hauptübel die Freizügigkeit. Wenn man diese unmöglich macht, ist ein bedeutender Schritt zur Linderung der Arbeiternoth gethan. Gute Behandlung kann so gut wie nichts zur Abhilfe beitragen. Richten wir die Ansiedelungen ein, so müssen wir in den Satzungen einen Paragraphen aufnehmen, wonach wir die Leute **zwingen** können, an der festen Stelle zu arbeiten.

Herr **Heine** schlägt vor, statt des einen Paragraphen einfach zu setzen: „Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz wird aufgehoben.“

Herr **Richter-Zaskocz** befürwortet nochmals seinen Antrag. Der Hauptträger für die Ansiedelung ist doch der Staat, er muß die Rentenguts-Gesetzgebung ändern. Die Genossenschaften allein genügen nicht, wie auch die Landwirthschaftskammer der Provinz Schlesien betont hat.

Herr Generalsecretär **Steinmeyer** spricht nach seinen Erfahrungen in der Provinz Sachsen die Befürchtung aus, daß wir keine Mittel haben, die Arbeiter dauernd seßhaft zu machen, wenn sie nicht **freie** Besitzer sind. Im übrigen stimmt Redner auch für Abänderung der Rentengutsgesetzgebung.

Herr v. **Bieler** meint, es müsse sehr vorsichtig umgegangen werden. Man muß abwarten, ob nicht Selbsthilfe das Allerbeste sei. Natürlich muß der Staat dabei Unterstützung gewähren. Mit den anderen vorgebrachten Vorschlägen bin ich nicht durchweg einverstanden. Ich möchte bitten, heute noch keine Beschlüsse zu fassen, sondern daß die Commission morgen nochmals zusammentritt und darüber beräth, ob nicht der Antrag Richter den Ausführungen des Präsidenten Baumbach gemäß zu fassen ist.

Der **Vorsitzende** bittet, einem Antrage v. Kries zuzustimmen, der auf Aussetzung der Beschlußfassung und Zurückverweisung der im Antrage Richter niedergelegten Vorschläge an die Commission zur Beschlußfassung für die nächste Sitzung der Landwirthschaftskammer hinzielt. Redner verliest eine Anzahl im Laufe der Sitzung eingegangener Anträge, darunter auch einen von **Meyer-Rottmannsdorf**, der bezweckt, an die Regierung und beide Häuser des Landtages und sämmtliche Landwirthschaftskammern die Bitte zu richten, die Frage „Linderung der Arbeiternoth“ zur Beschlußfassung auf die Tagesordnung zu setzen.

Bei der Abstimmung werden die ersten 13 Paragraphen des Commissions-Entwurfs in ursprünglicher Fassung einstimmig angenommen.

Ein Antrag **Meyer-Rottmannsdorf**, den Kriegsminister zu ersuchen, für Verlegung von Garnisonen in die kleineren Orte zu sorgen, wird gleichfalls angenommen. Auch der oben erwähnte Antrag desselben Mitgliedes der Kammer findet Zustimmung.

Damit schließt die Sitzung kurz vor 8 Uhr.

In der heutigen zweiten Plenarsitzung stand als erster Punkt auf der Tagesordnung die Berathung des Fleischbeschaugesetzes. Der Vorsitzende v. Oldenburg-Januschau weist in seinen Eröffnungsworten auf die Wichtigkeit der Angelegenheit hin, es müsse der Regierung doch daran liegen, die Meinung der Landwirthe zu hören. Für die westpreußische Kammer liege kein Grund vor, sich etwa nicht zu der Frage zu äußern, wie für die ostpreußische, die ein Gutachten ablehnte.

Herr Meyer-Rottmannsdorf kann die Protestkundgebungen der Handelskammern gegen das Gesetz nich

begreifen. Dasselbe habe lediglich sanitäre Zwecke. Das gehe zur Evidenz aus der Begründung der Regierung zur Vorlage hervor. Die Stimmung über das Gesetz in politischen Kreisen zu beobachten, sei interessant. Der Freisinn will natürlich auch von dem geringsten Zugeständniß zu unseren Gunsten nichts wissen. Seltsam ist ferner die Haltung der Regierung, speciell des Reichskanzlers, der sein Versprechen vom Jahre 1898 mit dem Gesetze einlösen wollte, er hat sich gegen die Beschlüsse der Commission z. Zt. ausgesprochen; ob das eine Erfüllung seines Versprechens ist, möge jeder selbst beurtheilen. Es wäre das größte Unglück für unser Land, wenn die Autorität der Regierung zu Gunsten einer Majorität untergraben und die alten Grundsätze der Bismarckschen Politik verlassen werden, indem man durch wirthschaftliche Concessionen ans Ausland politische Vortheile einzuheimsen gedenkt. Redner charakterisirt nunmehr die Aeußerungen der großindustriellen Kreise; wenn man dieselben höre, so falle es schwer, an der sog. Sammlungspolitik noch festzuhalten, die doch der Regierung so genehm ist. Das Schreckgespenst eines Zollkrieges mit Amerika könne doch unmöglich verständige Leute graulen. Der Export Amerikas nach Deutschland sei überwiegend größer als der unserige dorthin. Es sei eine Thatsache, daß unser Land der Sammelplatz aller Schundwaaren ist. Aber nicht nur in sanitärer, auch in wirthschaftlicher Hinsicht ist das Gesetz für uns eine necessitas, und zwar 1) im Interesse unserer Mittelstandspolitik, weil sonst das heimische Fleischergewerbe ruinirt wird; 2) im Interesse unserer Landwirthschaft. Von einer Fleischvertheuerung in Folge des Gesetzes kann kaum die Rede sein, wenigstens ist sie nicht wahrscheinlich. Das Gesetz würde der Landwirthschaft außerdem über 50 Millionen Mk. kosten, denn für 30 Millionen deutsches Fleisch würde verloren gehen und 20 Millionen würde die Durchführung des Gesetzes kosten. Redner wendet sich noch scharf gegen die Zulassung des Pökelfleisches und bittet folgende Resolution anzunehmen.

„Die Fassung, welche die zweite Lesung im Reichstage dem Fleischbeschaugesetz gegeben hat, stellt in Bezug auf die gesunde Ernährung des Volkes einen erheblichen Fortschritt dar. Die deutsche Landwirthschaft ist deshalb trotz der schweren Nothlage, in der sie sich befindet, bereit, der ihr durch dieses Gesetz auferlegten erheblichen Lasten zu tragen. Diese Beschlüsse der zweiten Lesung des Reichstages stellen aber das Mindestmaß dar, welches im Interesse der Consumenten und die deutschen Landwirthschaft gefordert werden muß. Insbesondere würde die Zulassung des Pökelfleisches die gesundheitlichen Errungenschaften der Beschlüsse zweiter Lesung vernichten und die Landwirthschaft der dann durch Gesetz begünstigten Schundconcurrenz des Auslandes preisgeben. Jeder Abschwächung der Beschlüsse der zweiten Lesung ist die Ablehnung des Gesetzesvorlage vorzuziehen."

Herr Holtz-Parlin ist mit dem Vorredner einverstanden bis auf den letzten Satz, daß die Ablehnung des Gesetzes der Abschwächung vorzuziehen sei. Der Werth der Untersuchung des Fleisches sei dem Auslande gegenüber keineswegs bedeutend, ja man kann ihn als minimal bezeichnen. Wir würden unsere Forderungen vielleicht noch höher gestellt haben, wenn wir nicht gefürchtet hätten, daß dann das ganze Gesetz scheiterte. Denn wenn an dem Compromiß erst gerührt worden wäre, so wäre die Sache so gut wie verloren gewesen. Zwischen der zweiten und dritten Lesung haben sich bekanntlich gewisse bedeutsame Vorgänge abgespielt. Jedenfalls sind Warnungen von Amerika herüber nach Hamburg gelangt und von dort aus haben dann sämmtliche Drähte gespielt und alle Handelskreise wurden mobil gemacht. Die ernste Absicht, der deutschen Landwirthschaft zu nützen, liege bei der Regierung, wenigstens einem Theile derselben, ohne Zweifel vor. Ich glaube, es wäre im Interesse der deutschen Landwirthschaft ein Fehler, den Bogen zu straff zu spannen und zu sagen: Was wir concedirt haben, ist das Aeußerste, darüber hinaus auch nicht ein Titelchen! Man muß doch nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten. Jedenfalls wird nach den parlamentarischen Ferien noch einmal eine intime Commission über dasjenige berathen, was eventuell das Aeußerste auf beiden Seiten wäre. Es ist immerhin gut, wenigstens die jetzige laxe Handhabung der Handelspolitik etwas umzugestalten.

Herr Gropius-Hohenstein: Wir müssen darlegen, daß das Gesetz das Mindestmaß ist. Ein Weniger ist überhaupt kein Gesetz. Also auf keinen Fall zurück, warum sollen wir nicht einmal etwas durchsetzen. Nein, und abermals nein, wir stehen fest auf unserem Recht! — Herr Meyer-Rottmannsdorf: Wenn das Gesetz abgelehnt wird, so geht es vielleicht noch 1—2 Jahre, aber einmal muß doch die Sache geregelt werden. Die schlesische und die brandenburgische Landwirthschaftskammer haben eine Resolution angenommen, die ganz unseren Interessen entspricht. — Der Vorsitzende: Der gegenwärtige Moment ist deshalb so wichtig, weil mit dem ganzen Vorgehen der Regierung sozusagen ein Fühler für unsere Geschäfte bei den späteren Handelsverträgen ausgestreckt ist. Ich bitte, die Resolution Meyer anzunehmen.

Die Resolution Meyer wird nunmehr **einstimmig angenommen.**

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß es z. Zt. üblich wäre, an die allerhöchste Stelle sich in schwierigen Fällen zu wenden. Für gewöhnlich halte ich ein solches Vorgehen für unthunlich und unangebracht. Ich würde Ihnen nicht rathen, an die Stufen des Thrones zu gehen, wenn ich nicht dafür halten würde, daß der jetzige Moment ein geeigneter ist, diese Scheu abzulegen. Redner verliest nunmehr folgendes **Telegramm** an den Kaiser, das einstimmig angenommen wird:

„Ew. Majestät bittet die heute hier versammelte westpreußische Landwirthschaftskammer nach einstimmigem Beschluß allerunterthänigst, höchst dero Regierung zu befehlen, im Bundesrath für den Entwurf des Fleischbeschaugesetzes nach dem Vorschlage der Commission des deutschen Reichstages einzutreten. Eine Abschwächung der Commissionsbeschlüsse verhindert nach Ueberzeugung der Landwirthschaftskammer den Schutz des deutschen Fleischconsumenten und bedeutet eine schwere Benachtheiligung der nationalen Fleischproduction und des deutschen Fleischergewerbes zu Gunsten des Auslandes. Ew. Majestät treu gehorsamste westpreußische Landwirthschaftskammer. gez. v. Oldenburg."

Zugleich wurde an den **Landwirthschaftsminister** folgendes **Telegramm** abgesandt:

„Die heute hier versammelte westpreußische Landwirthschaftskammer bittet Ew. Excellenz einstimmig, für den Commissions-Entwurf des Fleischbeschaugesetzes geneigtest eintreten zu wollen. Die Landwirthschaftskammer erblickt in dem Commissions-Entwurf das Mindestmaß dessen, was die deutsche Landwirthschaft, das deutsche Fleischergewerbe und das gesammte deutsche Volk zu fordern berechtigt sind. Die Kammer ist der Ansicht, daß ein Fallenlassen des Gesetzes einer Abschwächung vorzuziehen ist. gez. v. Oldenburg."

Herr Borowski-Riesenburg sprach dann über die Subvention an die westpreußische Heerdbuch- und Stutbuch-Gesellschaft. Die letztere wird stärker in Posen ausstellen, als angenommen wurde, deshalb ist es besser, die Beiträge gleichmäßig zu vertheilen. Redner beantragt, der Stutbuch-Gesellschaft aus Rücksicht auf ihre starke Betheiligung an der Posener Ausstellung die Unterstützung von 3000 auf 6000 Mk. zu erhöhen. Die Kammer setzt dabei voraus, daß die Stutbuch-Gesellschaft und auch die Heerdbuch-Gesellschaft die Nothwendigkeit der Unterstützungen der Kammer nachweisen. Der Antrag Borowski wird nach kurzer Empfehlung seitens des Vorsitzenden angenommen.

Herr Holtz-Parlin referirt hierauf über die obligatorische Kranken-Versicherung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter. Dieselben waren nach einem der ersten socialpolitischen Gesetze in die gesetzliche obligatorische Versicherung nicht einbezogen worden, sondern bei Festsetzung durch Gemeindestatut konnten sie auch versichert werden. Der Vortragende verliest eine längere Stelle aus der Denkschrift zur Begründung des damaligen Versicherungsgesetz-Entwurfs. Im Jahre 1886 stand in einer Denkschrift die Regierung ebenfalls noch auf dem Standpunkt, daß die Landarbeiter nicht der obligatorischen Versicherung zuzuführen seien. Auch 1892 war ihre Meinung nicht geändert. In diesem Jahre haben nun die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften in Berlin getagt und sich für die obligatorische Versicherung der Land- pp. Arbeiter ausgesprochen. Damit sollte wohl der Regierung ein Fingerzeig gegeben werden, nach welcher Richtung hin sie vorgehen soll. Ich kann mich trotzdem und gerade vom Standpunkte der Berufsgenossenschaften aus nicht mit den Beschlüssen derselben einverstanden erklären. Es ist jedenfalls klar, daß sowohl von Seiten der Arbeitgeber als der Arbeiter ein Bedürfniß für die Zwangsversicherung nicht besteht. Das bestehende Krankenversicherungsgesetz reicht vollständig aus. — Redner bittet nach längeren Ausführungen, eine Resolution anzunehmen, welche betont, die Bedenken gegen die obligatorische Versicherung der Landarbeiter bestehen noch in voller Wirkung. Auch in der Provinz Westpreußen kann die Versicherung keine Verbesserung, sondern eher das Gegentheil zur Folge haben.

Herr Generalsecretär Steinmeyer brachte ein Schreiben an die Mitglieder des Landes-Oekonomie-Collegiums zur Verlesung, in dem eine nähere Darlegung der Consequenzen der obligatorischen Versicherung der Landarbeiter enthalten ist. Während der Discussion über diesen Punkt führt Herr Kreck-Althausen den Vorsitz. Nach Aeußerungen der Herren Voigt und Päsler, sowie nach nochmaliger Begründung der Resolution durch Herrn Holtz wird dieselbe ohne Widerspruch angenommen.

Bei Schluß des Blattes wurde über Stellung der Landwirthschaftskammer zu einem neuen **Zolltarif** verhandelt und eine von dem Referenten Herrn Kreck-Althausen vorgeschlagene **Resolution**, welche in sieben Punkten die agrarischen Forderungen bezeichnet, angenommen. Wir berichten darüber Näheres in der nächsten Nummer.

---

* **[Erweiterung des Orts-Postverkehrs.]** In Gemäßheit des Gesetzes vom 20. Dezember 1899 über das Postwesen hat der Reichskanzler den **Geltungsbereich der Ortsbrieftaxe** im Ober-Postdirectionsbezirk **Danzig** vom 1. April 1900 ab ausgedehnt auf den Verkehr (Nachbarortsverkehr) zwischen Brösen und Neufahrwasser, Danzig und Langfuhr, Danzig und Ohra, Danzig und Schellmühl, Danzig und Schidlitz, Elbing und Pangritz-Kolonie, Hochzehren und Niederzehren, Kalthof (Westpr.) und Marienburg (Westpr.), Mocker (Westpr.) und Thorn, Neufahrwasser und Weichselmünde und Podgorz und Thorn.

---

* **[China und Danziger Industrie.]** Wie wir erfahren ist der „Nord. Elektr. u. Stahlw. A.-G. Abth. Ostdeutsche Industriewerke" der Bau von vier Wasserstationen der Schantung-Eisenbahn nebst Lieferung der dazu gehörigen Kessel u. s. w. übertragen worden. Außer den sonst noch auf den genannten Werken im Bau befindlichen Kesseln sind noch zwei Großwasserraumkessel für die elektrische Centrale in Tsintau bestimmt. Wir begrüßen die Thatsache als ein erfreuliches Zeichen, wie schon jetzt unsere ostasiatischen Colonien befruchtend selbst auf unsere lokale Entwicklung wirken.

---

* **[Marienburg-Mlawkaer Bahn.]** Der Aufsichtsrath der Marienburg-Mlawkaer Bahn hat beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, pro 1899 für die Prioritätsactien **5 Procent** und für die Stammactien **2¾ Procent Dividende zu vertheilen.**

---

* **[Ehrengerichtshof für Aerzte.]** Von dem Aerztekammer-Ausschuß sind zu Mitgliedern dieses Ehrengerichtshofes gewählt worden die Aerzte Geh. Sanitätsrath Dr. Lent zu Köln, Sanitätsrath Dr. Körner zu Breslau, Dr. Liévin zu Danzig und Professor Dr. Löbker zu Bochum, zu deren Stellvertretern Geh. Sanitätsrath Dr. Becher zu Berlin, Sanitätsrath Dr. Endemann zu Kassel, Dr. Landsberger zu Posen und Dr. Sendler zu Magdeburg.

---

* **[Zum Holzarbeiterstreik.]** Gestern Nachmittag fand bei Herrn Steppuhn in Schidlitz die zweite Versammlung der streikenden Holzarbeiter statt. Diese Versammlung war noch viel stärker besucht als die erste. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal überfüllt, so daß die Tische zum Theil entfernt werden mußten. Es mögen annähernd tausend Personen beisammen gewesen sein. Herr Willer erstattete Bericht über die Verhandlungen der Commission der Streikenden mit den Arbeitgebern. Er theilte mit, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärt hätten für jeden Arbeiter 50 Pf. mehr pro Tag und außerdem für diejenigen, die auf der oberen Weichsel arbeiten, freie Fahrt zur Arbeitsstelle zu bewilligen. Die Streikcommission ist dahin einig geworden, die Forderungen auf 3,75 Mk. auf der unteren und 4,50 Mk. auf der oberen Weichsel zu ermäßigen. Die Versammlung erklärt sich bereit, unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Durch Annahme einer Resolution wurde dies beschlossen.

Um 6 Uhr Abends traten die Commissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Verhandlung zusammen. Eine Einigung wurde nicht erzielt, da die Mitglieder der Arbeitgeber-Commission erst die nicht der Commission angehörenden Arbeitgeber die von den Arbeitern vorgelegte Resolution unterbreiten wollen. Heute Vormittag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Nachmittags am 4½ Uhr fand wieder eine Arbeiter-Versammlung statt.

---

* **[Personalien bei der directen Steuerverwaltung.]** Der bei der Einkommensteuer-Veranlagungs-Commission des Stadtkreises Danzig beschäftigte Steuer-Secretär Gronau ist für die Dauer von drei Monaten zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amt in Berlin einberufen worden.

---

* **[Westpreußischer Fischereiverein.]** Unter dem Vorsitze des Herrn Regierungs- und Bauraths Fahl hielt der westpreußische Fischereiverein gestern im Landeshause zu Danzig eine Vorstandssitzung ab, in der Herr Fahl zunächst die Mittheilung machte, daß Herr Oberbürgermeister Delbrück aus Mangel an Zeit sein Amt als Vorsitzender des Vereins und als Mitglied des Vorstandes mit dem neuen Etatsjahre niederlege. Herr Regierungsrath Busenitz wurde als Nachfolger in Vorschlag gebracht. Die Wahl wird erst in der Generalversammlung erfolgen. Nach dem von Herrn Dr. Seligo erstatteten Jahresbericht pro 1899/1900, der im Druck erscheinen wird, hatte der Verein am Schlusse des Berichtsjahres 81 korporative, 551 persönliche und 80 korrespondirende Mitglieder. Die Fischereikarte für Westpreußen ist fertig und wird demnächst veröffentlicht werden. Der deutsche Fischereiverein hat dem westpreußischen Verein eine Beihilfe von 2500 Mark bewilligt, die zur Vertheilung gekommen ist. Für das Fischerdorf Bohnsack ist auf Antrag desselben ein Barometer beschafft und für Schiewenhorst ist vom Herrn Minister eine Sturmwarnungsstelle genehmigt worden. Der Etat wurde wie folgt festgesetzt: Einnahme: Zinsen 154,50 Mk., Subventionen 5000 Mark, Beiträge 5035 Mk., Zuschüsse 2150 Mk., insgemein 2160,50 Mk., in Summa 14 500 Mk. Ausgabe: Förderung der Fischzucht 5100 Mk., Belehrung 4300 Mark, persönliche Ausgaben 3500 Mk., sächliche Ausgaben 3600 Mk., in Summa 14 500 Mk.

Ueber die Errichtung eines Seemannsheims in Hela, die schon im Jahre 1895 zur Sprache gebracht worden ist, referirte Herr Korvetten-Kapitän Darmer. Er schilderte die Art und Weise eines Fischer- oder Seemannsheims, wie solche bereits an anderen Orten bestehen, und hielt es für ein dringendes Bedürfniß, daß in Hela eine Anstalt erbaut werde, in der die Fischer nach angestrengter Arbeit ein gemeinsames Heim fänden, um dort Fische braten und kochen zu können, Getränke zu sich zu nehmen, unter Dach und Fach schlafen und ihre Gedanken austauschen zu können. Zu Ausschreitungen komme es in solchen Seemannsheimen sehr selten, denn das Fischervolk sei durchaus nicht so bösartig und roh, wie man im allgemeinen annimmt. Ein solches Heim in Hela sei freilich nicht für die Helenser selbst, sondern für die anderen Fischer, welche dort mit ihren Booten und Kuttern vor Anker gehen, bestimmt. Der Herr Vortragende gab hierbei einen eingehenden Einblick über die Größe des Fischereibetriebes in Hela und wies an der Hand von Zahlen nach, wie bedeutend der Fang in den Jahren 1898 und 1899 dort gewesen sei, obwohl diese beiden Jahre nicht einmal sehr fischreich gewesen wären. Herr Darmer legte schließlich eine von Herrn Regierungs- und Baurath Wilhelms angefertigte Bauzeichnung von der Anlage eines Seemannsheims vor und bemerkte, daß der Verein dieserhalb bereits mit dem Verein Seemannsheim und dem Seefischer-Verein in Hannover in Verbindung getreten, die Sache aber nicht weiter gediehen sei. Der Herr Referent hält es daher für angebracht, die Zeichnung dem Herrn Oberpräsidenten zu unterbreiten, damit sich Mittel und Wege finden, in der Sache weiter zu kommen, und stellt den Antrag, daß der Vorstand die Zeichnung nochmals prüfe und eine bezügliche Eingabe an den Herrn Oberpräsidenten sende. Herr Darmer stellte dann noch einen zweiten dahingehenden Antrag: „Bezüglich des Mindestmaßes der Meerforelle bittet der westpreußische Fischereiverein, daß falls es sich bewahrheiten sollte, daß der deutsche Fischereiverein zur Feststellung des Mindestmaßes der Meerforelle einen Sachverständigen hierherschicken sollte, mit Rücksicht auf die sehr fischreiche Ostsee auch der westpreußische Fischereiverein gehört werde."

---

* **[Der Haus- und Grundbesitzer-Verein]** beschließt am Mittwoch, den 4. April, mit einer Generalversammlung im Gewerbehause sein Geschäftsjahr. Die Tagesordnung derselben ist eine recht reichhaltige und ist aus derselben die Wahl des Vorstandes, Delegirtenwahl zum diesjährigen Verbandstage, Mittheilung über leerstehende Wohnungen, Theaterproject mit Erläuterungen durch Pläne und Lichtbilder besonders erwähnenswerth.

---

* **[Brennerei-Berufsgenossenschaft.]** In der gestern hier abgehaltenen Sectionsversammlung wurde der Bericht pro 1899 erstattet, nach welchem der westpreußischen Section 558 Betriebe angehörten (26 mehr als im Vorjahre). Im Berichtsjahre kamen 77 Unfälle zur Anzeige (gegen 72 im Vorjahre). Der Etatsvoranschlag wurde für das Jahr 1900 in Einnahme und Ausgabe auf 3400 Mk. festgesetzt. In den Vorstand wurden die Herren Rittergutsbesitzer v. Heyer-Goschin als stellvertretender Vorsitzender und Rittergutsbesitzer Modrow-Neuguth als Vertrauensmann für die Kreise Berent und Carthaus gewählt. An Stelle des im Laufe des vorigen Jahres verstorbenen Herrn Molkereibesitzers Dohm Danzig wurde Kaufmann Stremlow-Danzig als Ersatzmann in den Vorstand gewählt.

Der Section gehörten im Jahre 1899 an: 303 Brennereien, 185 Molkereien bezw. Käsereien, 26 Stärkefabriken, 25 Destillationen und Liqueurfabriken, 9 Spritfabriken, 8 Essigfabriken, 1 Preßhefefabrik und 1 Melasse-Futter-Rösterei; im ganzen 558 Betriebe. Es hat mithin eine Vermehrung von 26 Betrieben stattgefunden. Im Jahre 1899 kamen im ganzen 77 Unfälle zur Anzeige. An Bescheiden wurden erlassen 64. Von 20 Verletzten wurde gegen den ihnen gewordenen Bescheid Berufung bei dem Schiedsgerichte zu Danzig eingelegt. In drei Fällen einigte sich die Genossenschaft mit den Klägern und zogen dieselben dann ihre Berufung zurück. 12 wurden mit ihren Ansprüchen abgewiesen. In drei Fällen wurde die Genossenschaft verurtheilt, dem Kläger eine höhere Rente zu zahlen.

---

* **[Städtisches Gymnasium.]** Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht für Ostern 1899 bis 1900 betrug die Frequenz des hiesigen städtischen Gymnasiums am Anfange des Schuljahres 517, am Anfange des jetzigen Wintersemesters 476, am 1. Februar 464 Schüler, darunter 75 auswärtige. Der Confession nach waren 369 evangelisch, 62 katholisch, 33 mosaisch. Die Abiturientenprüfung bestanden im letzten Schuljahr 22 Oberprimaner, von denen 13 Jura, 1 Theologie, 2 Medizin studiren, die übrigen sich technischen und kaufmännischen Fächern widmen wollen. Das Vermögen der dem Gymnasium gehörenden Stiftungen beträgt 136 562 Mk., aus dessen Zinsen 1902 Mk. an Stipendien, 965 Mk. an sonstigen Unterstützungen gezahlt wurden.

---

* **[Bergung des gesunkenen Wagens.]** Heute Vormittag gelang es den Schiffern Franz Draczkowski und Joseph Schmidt den am Freitag bei Legan in die Weichsel gestürzten Möbelwagen der Firma Meyer und Sohn und das zweite ertrunkene Pferd ans Land zu bringen. Die Leiche des bei dem Unglück vermuthlich ertrunkenen Schneidergesellen Hermann Rodenwald konnte bisher nicht aufgefunden werden.

-r. **[Verhaftete Diebe.]** Der Schüler Walter Lenser, welcher dem Küster Rautenberg kleinere Handreichungen machte, stahl diesem mittels Nachschlüssels 125 Mk. Als sich der Verdacht auf den Jungen lenkte, wurden bei ihm noch 108 Mk. gefunden. Der Dieb wurde verhaftet. — Ferner sind gestern zwei schon lange von der Polizei gesuchte Diebe, der Schornsteinfeger Max Zink und der Arbeiter Otto Raatz verhaftet. Dieselben sollen eine ganze Reihe von Diebstählen ausgeführt haben. Zwei von den ihnen zur Last gelegten Diebstählen geben die Verhafteten zu.

---

§ **[Unfälle.]** Der Arbeiter Otto Felski von hier, welcher mit Verladen von Kohlen auf Mattenbuden beschäftigt war, gerieth gestern Nachmittag beim Rangiren von Wagen mit dem linken Arm zwischen die Räder zweier Kohlenwagen und erlitt hierbei eine schwere Verletzung der Hand. Er mußte, da er in Folge des bedeutenden Blutverlustes besinnungslos wurde, mit dem Sanitätswagen nach dem chirurgischen Stadtlazareth gebracht werden. — Der Mühlenarbeiter Johann Drelin, welcher bei der Firma Bartels u. Co. beschäftigt ist, wurde gestern Nachmittag bei der Arbeit von einer schweren Klobe Holz befallen. Er zog sich hierdurch eine Verletzung des rechten Fußblattes zu und mußte ins Stadtlazareth gebracht werden.

---

§ **[Tod an schweren Verletzungen.]** Wie wir bereits Sonnabend meldeten, wurde in Langfuhr eine unbekannte Dame von einem in der Fahrt begriffenen Motorwagen der elektrischen Bahn, dem sie zu nahe kam, angefahren und schwer verletzt. Sie wurde später als die Besitzerswittwe Olivia Neubauer aus Langfuhr erkannt. Frau N. ist im hiesigen Stadtlazareth gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

---

* **[Feuer.]** Gestern Abend war zunächst in dem Hause Hakelwerk Nr. 5 ein kleiner Schornsteinbrand entstanden und etwas später waren in einem Keller des Hauses Jungferngasse Nr. 27 mehrere Säcke in Brand gerathen. Beide nur unbedeutenden Feuer wurden durch die sofort entsandte Feuerwehr binnen kurzem gelöscht.

[Polizeibericht für den 27. März 1900.] Verhaftet: 22 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 5 Personen wegen Hehlerei, 2 Personen wegen Unfugs, 4 Corrigenden, 1 Bettler, 5 Obdachlose. — Gefunden: Am 17. Febr. cr. 3½ Centner Steinkohlen, abzuholen vom Schutzmann Herrn Plotzki, Neufahrwasser, Weichselstraße Nr. 19, am 26. März cr. ein Damenring, abzuholen aus dem Polizei-Revier-Bureau zu Langfuhr, am 23. Februar cr. 1 Dienstmütze für Steuerbeamte, am 23. März cr. 1 Portemonnaie mit ca. 17 Mk., abzuholen aus dem Fundbureau der königlichen Polizei-Direction; am 26. März cr. eine Gardinenstange, abzuholen vom Schlosser Herrn Wilhelm Hommel, Petershagen, Breitegasse Nr. 1. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau der königl. Polizei-Direction zu melden. — Verloren: 1 Manschettenknopf, eine silberne Damen-Remontoiruhr, 1 silberne Damenuhr, abzugeben im Fundbureau der kgl. Polizeidirection.

Aus den Provinzen.

Der Konitzer Mord.

△ Konitz, 27. März.

In der Konitzer Mordaffaire sind bis heutigen Tages neue Momente nicht zu verzeichnen. Um so mehr hat dadurch die Phantasie der Sensationsmacher Gelegenheit, ihre Blüthen zu treiben. Die Bewegung scheint nun immer mehr in das antisemitische Fahrwasser übergeleitet zu werden, was um so leichter ist, als es einerseits an berufsmäßigen Hetzern nicht fehlt und andererseits leider die Kritiklosigkeit sich keineswegs auf die breiteren Volksschichten beschränkt. Neuerdings sind auch schon antisemitische Flugblätter zur Vertheilung gelangt und sind in Flatow sogar schon Ausschreitungen gegen die dortigen jüdischen Bürger vorgekommen, welche das Einschreiten der Polizei nöthig gemacht haben. Da nun die ganze Affaire nicht nur als solche das Interesse der Leserwelt in Anspruch nimmt, sondern auch dadurch, daß sie die Grundlage zu einer ausgedehnten antisemitischen Bewegung abgiebt, deren Folgen nicht abzusehen sind, so wäre es vielleicht angemessen, wenn angesehene Bürger aus allen Confessionen, denen es um die Erhaltung des confessionellen Friedens zu thun ist, sich in dieser Sache bethätigten. Vielleicht auch könnte die wissenschaftliche Welt aus ihrer Reserve heraustreten, insbesondere die theologischen Facultäten, um auch auf diese Weise das ewige Märchen von dem „Ritualmorde" wieder einmal zu beleuchten, sie erscheinen ja als die geeigneten Sachverständigen in dieser Frage.

Zoppot, 27. März. Der wegen Körperverletzung am Tage der Musterung festgenommene, darnach aber wieder freigelassene Arbeiter Borchard aus Schmierau wurde heute auf Anordnung des Amtsgerichts **abermals verhaftet** und nebst einem nachträglich ermittelten Genossen, dem jugendlichen Arbeiter Schulz, in das Gerichtsgefängniß eingeliefert. Es stellte sich heraus, daß beide Beschuldigten den Litzbarski mit Messern gestochen hatten. Letzterer hatte einen vom Halse ausgehenden furchtbaren Schnitt über die Wange aufzuweisen, der nur dadurch gemildert wurde, daß das Messer auf dem Kinnbackenknochen entlang fuhr. Schulz, der sich der Festnahme bis dahin entzogen hatte, wurde endlich Nachts in einem Stallabtheil, ganz nothdürftig bekleidet, erwischt.

Herrn Gendarm Bluhm gelang es, in den 14- und 15jährigen Burschen Paul Sänger und Felix Klebba zwei **rabiate Taubendiebe** zu ermitteln, welche bereits seit längerer Zeit ihr Unwesen trieben und sogar von seinem eigenen Hofe im vorigen Sommer werthvolle Tauben entwendet hatten. Im vorliegenden Falle hatten sie dem Rentier Bürger durch Erbrechen des Häuschens drei werthvolle Tauben gestohlen und sich schleunigst aus dem Staube gemacht.

Lauenburg, 24. März. In einem Fieberanfall stürzte sich im hiesigen Johanniter-Krankenhause eine kranke Frau aus dem Fenster des oberen Stockwerks. Regungslos blieb dieselbe unten liegen. Ein hinzugekommener Arzt konnte nur den Tod feststellen, der in Folge eines Genickbruches eingetreten war.

Dirschau, 26. März. **[Zur Dirschauer Schulangelegenheit.]** Wie die „Dirsch. Ztg." mittheilt, ist der nach Berlin geeilten Deputation in Abwesenheit des Ministers von dem Decernenten des Cultusministeriums die Zusicherung gegeben worden, daß alles geschehen soll, um den beantragten neuen Lehrer zu erhalten, damit nach Ostern das Latein schon in Sexta beginnen kann und die Lateinschüler einen ganz getrennten fremdsprachlichen Unterricht bekommen. Auch eine Verstärkung der Lateinstunden für die bisherigen Lateiner wurde in Aussicht gestellt, damit wenigstens im nächsten Jahre das Progymnasialpensum erreicht wird. Voraussichtlich würden die beiden Untersecundaner Rybicki und Stern, welche sich einem praktischen Berufe zuwenden wollten, auf Antrag der Eltern eine Nachfrist zur Ablegung der Einjährig-Freiwilligen-Prüfung bewilligt erhalten.

Schlochau, 26. März. **Aus Unvorsichtigkeit erschossen** hat sich gestern der Gutsbesitzer Pilaski auf Karlshof (hiesigen Kreises). Herr P., ein älterer Herr, machte sich an einem geladenen Gewehr zu schaffen, wobei er wohl den Hähnen zu nahe gekommen sein mag. Plötzlich entlud sich das Gewehr und die ganze Ladung drang dem unvorsichtigen Schützen in die Brust, was den sofortigen Tod zur Folge hatte.

W. Elbing, 27. März. Heute begann vor dem hiesigen Schwurgerichte der **Prozeß wegen der bedeutenden Unruhen** (Gefangenenbefreiung, Aufruhr und Landfriedensbruch) gegen 25 Personen **aus Tolkemit.** Unter den Angeklagten befanden sich auch fünf weibliche Personen, darunter eine Wittwe von 73 Jahren. Die Excesse haben sich am 17. September v. Js. zugetragen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt Tolkemit (eine halbe Meile von der kaiserlichen Besitzung Cadinen entfernt) finden in den benachbarten Haffziegeleien lohnenden Verdienst. Sonnabend Abend kehren sie meistens von der Arbeitsstätte nach Tolkemit zurück und suchen dann ihre Erholung in recht lautem Treiben, was die Einwohnerschaft öfter belästigte. Bürgermeister Wahner suchte diesem Treiben mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Am 17. September, einem Sonntage, sollte ein scandalisirender Ziegeleiarbeiter, welcher sich der Polizei scharf widersetzte, verhaftet werden. Als er nach dem Rathhause gebracht war, versammelte sich dort eine große Volksmenge, deren Haltung immer drohender wurde. Der Bürgermeister schickte die beiden Polizei-Beamten herunter, um die Menge, die anscheinend das Rathhaus stürmen wollte, aus einander zu bringen. Die Menge wurde immer erregter und da der Polizei Hilfe von der Bürgerschaft nicht zu Theil wurde, zog sich der Bürgermeister mit den beiden Beamten zurück; dieselben wurden nun von allen Seiten mit Ziegelstücken und Steinen beworfen. Der Bürgermeister wurde am Beine so getroffen, daß er noch viele Tage lahmte. Auch die beiden Beamten wurden durch Steinwürfe verletzt. Mit dem Revolver in der Hand und der Drohung zu schießen, gelang es schließlich, die Menge aus einander zu treiben. Von den 25 Angeklagten befinden sich 11 in Untersuchungshaft. Die Verhandlung dürfte bis Ende der Woche dauern.

Von der Marine.

Kiel, 27. März. Das Schulschiff „Nixe“ ist im Hafen eingetroffen. Sämmtliche Schulschiffe sind nunmehr heimgekehrt und auf der Föhrde versammelt.

Kiel, 26. März. **Das Ostseegeschwader tritt am 2. April** eine **achttägige Fahrt nach Danzig an.**

Kiel, 25. März. **Prinz Adalbert von Preußen** verläßt kurz nach Ostern die Kadettenanstalt in Plön, schifft sich im Mai an Bord des Schulschiffes „Charlotte“ ein, welches am 6. Juni eine neunmonatige Auslandsreise antritt.

Vermischtes.

Bochum, 24. März. Durch **Zusammenbruch des Hochofens** der „Heinrichshütte“ wurden **2 Arbeiter getödtet und 2** schwer **verletzt.** Drei Personen, darunter der Director, erlitten leichte Verletzungen.

Myslowitz, 26. März. Die „Deutsche Warte“ meldet von hier: Gegen den Bäckermeister Malezik in Slawkow wurde ein **Dynamit-Attentat** verübt. Malezik wurde lebensgefährlich verletzt. Zwei Maurer, die den Backofen gebaut haben, wurden verhaftet.

Wien, 26. März. In der hiesigen Eisenfabrik war beim Umschmelzen alter Gewehrläufe eine Kugel irrthümlich in einem Gewehrlaufe geblieben. Sie drang dem Werkmeister Schweigbauer in den Unterleib. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Sydney (Australien), 26. März. Im ganzen sind hier **36 Pestfälle** vorgekommen, davon 13 mit tödtlichem Ausgange. Ueber 8000 Personen wurden geimpft.

Capstadt, 26. März. In der vergangenen Nacht brach hier in der Grave-Street eine gewaltige Feuersbrunst aus. Eine Anzahl von Gebäuden wurde vernichtet, die Bureaux der Regierung entgingen mit knapper Noth der Zerstörung, die Acten wurden in das Parlamentshaus geschafft, sind aber sehr vom Feuer beschädigt, welches drei Stunden wüthete.

Standesamt vom 27. März.

Geburten: Grenz-Aufseher Gustav Golemjewski, T. — Heizer Heinrich Ossowski, T. — Schneidergeselle Eduard Jpach, T. — Geschäftsführer Otto Quebnau, T. — Arbeiter Franz Richert, T. — Arbeiter Otto Krönke, S. — Arbeiter Carl Weiß, T. — Restaurateur Franz Petke, T. — Arbeiter Carl Trybul, T. — Steinsetzergeselle Hermann Werner, T. — Schmiedegeselle August Pötsch, T. — Schlossergeselle Wilhelm Luft, S. — Arbeiter Robert Schanz, S. — Maurergeselle Johann Borkowski, S. — Schlossergeselle Adolph Werner, T.

Aufgebote: Sergeant Karl Johann August Patzlaff hier und Bertha Maria Lupelow zu Fürstenau. — Arbeiter Ferdinand August Sadlowski und Johanna Auguste Engler, beide hier. — Arbeiter August Franz Krefft und Augusta Julianna Hochschulz, beide hier. — Handelsgärtner Oskar Julius Robert Dietrich und Hulda Friederike Maria Zimmermann, beide hier. — Kaufmann Oskar Anton Schützmann und Hedwig Maria Meta Rosemund, beide hier. — Schlossergeselle Johann Bielicht und Maria Laskowski, beide hier. — Aufseher Friedrich Wilhelm Laatsch zu Krastepellen und Louise Wilhelmine Kinski, hier. — Schmiedegeselle Friedrich Fritz Gottkuhn hier und Rosa Tolksdorf zu Marienburg. — Arbeiter Franz Friedrich Wilhelm Cornels und Louise Franziska Schmolinski, beide in Praust. — Arbeiter Karl Wilhelm Alexander Bochewitz und Martha Henriette Wilhelmine Potrykus, geb. Pardeike, beide hier. — Schuhmachergeselle August Lowitsch und Anna Eleonore Emilie Pischke, beide hier.

Heirathen: Chemiker Dr. phil. Josef Goldhaber und Brandel Goldhaber. — Tanzlehrer Gottfried Konrad und Margarethe Schadwill. — Tischlergeselle Franz Kolodzinski und Clara Pruszinski. — Schiffszimmergeselle Richard Krieg und Marie Kleinke. — Nieter Otto Quosbarth und Bertha Brühn. — Sämmtlich hier.

Todesfälle: Hospitalit Gustav Rosalowsky, 78 J. — Frühere Nähterin Johanna Hartmann, 82 J. — Arbeiter Johann Falk, 49 J. 5 M. — Aufwärterin Anna Louise Rohde, 15 J. 3 M. — Stellmachermeister Ernst Schlawjinski, 33 J. 10 M. — Arb. Leon Czerniewski, fast 54 J. — S. des Schmiedegesellen Julius Hoeft, 17 T. — Schuhmachermeister Theophil Julius Kochaneck, 44 J. — S. des Arbeiters Herrmann Goerke, 10 W. Unehelich: 2 T.

Danziger Börse vom 27. März.

Weizen bei kleinem Verkehr ruhig unverändert. Bezahlt wurde für inländischen bunt leicht bezogen 703 Gr. 135 M, hellbunt 692, 697 und 700 Gr. 128 M, 726 und 729 Gr. 135 M, fein hochbunt glasig 772 Gr. 148 M, weiß 766 Gr. 148 M, roth 692 Gr. 128 M, 734 Gr. 137 M, 756 Gr. 145 M, Sommer- 793 Gr. 149 M per Tonne.

Roggen unverändert. Bezahlt ist inländischer 708, 726 und 734 Gr. 133 M, 685 und 691 Gr. 131 M, feucht 679 Gr. 128 M. Alles per 714 Gr. per To. — **Gerste** ist gehandelt inländische große weiß 650 Gr. 124 M per Tonne. — **Hafer** inländischer 114, 116, 117, 118 M, weiß 121 M, fein weiß 123 M per Tonne bezahlt. — **Erbsen** inländische Futter- 112 M per Tonne gehandelt. — **Wicken** inländische 112, 115, 117, 120 M per Tonne bezahlt. — **Roggenkleie** 4,30 M per 50 Kilogr. gehandelt.

Central-Viehhof in Danzig.

Auftrieb vom 27. März.

Bullen 47 Stück. 1. Vollfleischige Bullen höchsten Schlachtwerths 28—30 M, 2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere Bullen 25—26 M, 3. gering genährte Bullen 22—24 M. — Ochsen 80 Stück. 1. vollfleischige ausgemästete Ochsen höchsten Schlachtwerths bis zu 6 Jahren 27—29 M. 2. junge fleischige, nicht ausgemästete Ochsen 26 M, 3. ältere ausgemästete Ochsen 23—24 M, 4. mäßig genährte junge und gut genährte ältere Ochsen 18—20 M, 5. gering genährte Ochsen jeden Alters — M. — Kühe 68 Stück. 1. vollfleischige ausgemästete Kälber höchsten Schlachtwerths 29—30 M, 2. vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths bis zu 7 Jahren 26—28 M, 3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte Kühe u. Kälber 24—26 M, 4. mäßig genährte Kühe und Kälber 21—23 M, 5. gering genährte Kühe und Kälber 17—18 M. — Kälber 219 Stück. 1. feinste Mastkälber (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber 37—38 M, 2. mittl. Mastkälber und gute Saugkälber 33—35 M, 3. geringere Saugkälber 30 M, 4. ältere gering genährte Kälber (Fresser) — M. — Schafe 143 Stück. 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel — M, 2. ältere Masthammel 22 M, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) — M. — Schweine 1043 Stück. 1. vollfleischige Schweine im Alter bis zu 1¼ Jahren 36—37 M, 2. fleischige Schweine 34—35 M, 3. gering entwickelte Schweine, sowie Sauen und Eber 31—33 M. Ziegen 5 Stück. Alles pro 100 Pfund lebend Gewicht. Geschäftsgang: mittelmäßig.

Direction des Schlacht- und Viehhofes.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 26. März. Wind: O.

Gesegelt: Orient (SD.), Harcus, Leith, Zucker.

27. März.

Angekommen: Pinus (SD.), Sieg, Hamburg, Mais. — Zoppot (SD.), Scharping, Oxelösund, leer.

Nichts zu sehen (dick mit Schnee). — Wind: SO.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Bekanntmachung

über das

Stattfinden der Frühjahrs-Controlversammlungen 1900 im Kreise Danzig Höhe.

Es haben sich zu den im **April 1900** stattfindenden Controlversammlungen zu gestellen:

1. Sämmtliche Reservisten der Jahrgänge 1892 bis 1899.
2. Sämmtliche Mannschaften der Landwehr I. Aufgebots vom Jahrgang 1887 bis 1891.
3. Sämmtliche Ersatz-Reservisten der Jahrgänge 1887 bis 1899.
4. Die zur Disposition der Truppentheile Beurlaubten.
5. Die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften.
6. Die dauernd und zeitig Halbinvaliden aller Waffen der Reserve und Landwehr I. Aufgebots des Landheeres.

Es brauchen sich nicht zu gestellen:

1. Sämmtliche Mannschaften der Landwehr II. Aufgebots.
2. Diejenigen Wehrleute der Landwehr I. Aufgebots, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1888 eingetreten sind.
3. Die vierjährig Freiwilligen der Cavallerie, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1890 Soldat geworden sind. Die Mannschaften zu ad 2 und 3 stellen sich zur Herbst-Controlversammlung 1900.
4. Sämmtliche Marine-Mannschaften, die Marine-Ersatz-Reservisten, sowie die Mannschaften des Landheeres, welche Schiffahrt treiben. Diese erscheinen zu den Schiffer-Controlversammlungen im Januar 1901.

Die Controlversammlungen finden statt:

Am Freitag, den 20. April 1900, Vormittags, in Danzig auf dem Hofe der Karmeliterkaserne (Eingang Töpfergasse) für die Ortschaft Ohra und zwar: **Vormittags 8 Uhr** für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie, **Vormittags 10½ Uhr** für die Mannschaften der Garde, Ersatz-Reserve und übrigen Waffen.

Am Sonnabend, den 21. April 1900, Vormittags, in Danzig auf dem Hofe der Karmeliterkaserne (Eingang Töpfergasse) und zwar **Vormittags 8 Uhr** für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie, **Vormittags 10½ Uhr** für die Mannschaften der Garde, Ersatz-Reserve und übrigen Waffen **aus den Ortschaften:** Altdorf, Emaus mit Dreilinden und Tempelburg, Guteherberge, Heiligenbrunn, Maczkau, Nobel, Scharfenort, Schellmühl, Schönfeld, Wonneberg, Jankenczyn, Ziganenberg mit Galgenberg und Düwelkau.

Am Donnerstag, den 26. April 1900, in Oliva auf dem Hofe des Hotels Karlshof und zwar: **Vormittags 8 Uhr** für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie, **Vormittags 10½ Uhr** für die Mannschaften der Garde, Ersatz-Reserve und übrigen Waffen **aus den Ortschaften:** Oliva, Brentau, Brösen, Conradshammer, Freudenthal, Glettkau, Hochstrieß, Saspe und Schäferei.

Am Freitag, den 27. April 1900, Vormittags 9 Uhr, in **Kokoschken für die Ortschaften:** Bissau, Czapeln, Gluckau, Hoch- und Klein-Kelpin, Leesen, Ellernitz, Mattern, Müggau, Renkau, Pietzkendorf, Ramkau, Schüddelkau, Smengorczyn, Karczemken, Ottomin und Kokoschken.

Am Freitag, den 27. April 1900, Mittags 12 Uhr, in Bankau für **die Ortschaften:** Artschau, Bankau, Borgfeld, Groß und Klein Bölkau, Goschin, Jenkau, Kowall, Löblau, Prangschin, Rambau, Straschin, Gulmin und Borrenczin.

Am Sonnabend, den 28. April 1900, Vormittags 10 Uhr, in Gr. Kleschkau für die Ortschaften: Braunsdorf, Czerniau, Dommachau, Grenzdorf, Johannesthal, Lissau, Meisterswalde, Saskoczyn, Groß und Klein Saalau, Groß und Klein Trampken, Wartsch, Katzke, Kladau, Groß und Klein Kleschkau, Lagschau, Bösendorf, Malentin und Rezin.

Am Montag, den 30. April 1900, Vormittags 8½ Uhr in Praust für die Ortschaften: Bangschin, Gischkau, Jetau, Langenau, Praust, Rosenberg, Russoczyn, Rottmannsdorf, Schwintsch, Schönwarling, Groß und Klein Suckschin, Wojanow und Zipplau.

Bei den diesjährigen Frühjahrs-Controlversammlungen finden Fußmessungen sämmtlicher Fußtruppen statt. Die betreffenden Mannschaften haben sich mit ihrer Fußbekleidung derart einzurichten, daß die Fußmessungen vorgenommen werden können.

Vorstehende Bekanntmachung gilt als Befehl!

Etwaiges Ausbleiben, ohne die Ursache des Nichterscheinens vorher seinem Bezirksfeldwebel anzuzeigen, **wird mit Arrest bestraft.**

Sämmtliche Militärpapiere sind mit zur Stelle zu bringen; wer dieselben verloren hat, muß rechtzeitig die Neuausfertigung derselben bei seinem Bezirksfeldwebel beantragen.

Königliches Bezirks-Commando.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den **28. März cr., Vormittags um 10 Uhr,** sollen auf dem Stadthofe eine Partie ausrangirter Uniformstücke altes Eisen und verschiedene für die Feuerwehr-Verwaltung nicht mehr brauchbare Geräthe gegen Baarzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Danzig, den 23. März 1900. (3719

Die Feuer- und Straßenreinigungs-Deputation.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Danzig, Sammtgasse Nr. 5 belegene, im Grundbuche von Danzig, Sammtgasse Blatt 1, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Geschwister **Janzohn** zu Danzig, nämlich: a. **Wilhelm Siegfried Eberhard,** b. **Helene Catharina Eva,** c. **Hero Richard** eingetragene Grundstück

am 22. Mai 1900, Vormittags 10 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 2 Ar 4 Quadratmeter mit 881 M Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zum Bieten anzumelden.

Danzig, den 17. März 1900. (3864

Königliches Amtsgericht Abthl. 11.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Danzig, Heiligegeistgasse, Blatt 86, auf den Namen der Frau Kaufmann **Anna Schroeder,** geb. Mehl, eingetragene, in Danzig, Heiligegeistgasse Nr. 71a belegene Gebäude-Grundstück

am 19. Mai 1900, Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist im Steuerbuch Art. 2114 Nr. 1408 vermerkt und bei einer Fläche von 1 Aar 29 Qu.-Meter mit 2329 M Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zur Aufforderung zum Bieten anzumelden.

Danzig, den 20. März 1900. (3866

Königliches Amtsgericht Abthlg. 11.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Leegstrieß Blatt 44 auf den Namen des Bauunternehmers **Albert Schulz** in Schidlitz eingetragene, in Langfuhr, Elsenstraße Nr. 2, belegene Gebäude-Grundstück

am 14. Mai 1900, Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von **7,68 Ar** mit **2396 M** Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Art. **807** der Grundsteuermutterrolle.

Die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zur Aufforderung zum Bieten anzumelden.

Danzig, den 19. März 1900. (3865

Königliches Amtsgericht. Abthl. 11.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Danzig, Vorstadt Langfuhr, Band 46, Blatt 429, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Schlosser **Albert und Auguste,** geb. **Schmidt-Kotzky'schen** Eheleute eingetragene, in Langfuhr, Bahnhofstraße Nr. 5, belegene Grundstück

am 29. Mai 1900, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist bei einer Fläche von 26 Ar 39 qm mit 5150 M Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zur Aufforderung zum Bieten anzumelden.

Danzig, den 20. März 1900. (3873

Königliches Amtsgericht. Abtheilung 11.

Versteigerung eines Concurslagers.

In der Buchhändler **Wilhelm Bienske'schen** Concurssache soll das auf 7429,17 Mk. geschätzte Waarenlager, bestehend aus Büchern, einer Leihbibliothek, Musikalien, Photographien, Papier und Schreibmaterialien, sowie die gesammte Ladeneinrichtung im Ganzen vorbehaltlich der Genehmigung des Gläubigerausschusses meistbietend verkauft werden, wozu ich einen Termin auf

Dienstag, den 3. April cr., Vorm. 11 Uhr,

im Geschäftslokal des Gemeinschuldners, Graudenzerstr. 30 part., anberaumt habe. Die Taxe kann auf meinem Büreau eingesehen, und das Lager am Terminstage von 9 Uhr Vormittags ab besichtigt werden. (3424

Culm, den 12. März 1900.

Der Concursverwalter.

Rechtsanwalt **Knorr.**

Concurseröffnung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Julius Goldstein hier,** Breitgasse 128/129, wird heute am

20. März 1900, Vormittags 10½ Uhr,

das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **A. Striexling, hier, Hundegasse Nr. 51, wird** zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum **1. Mai 1900 bei dem** Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die im § 132 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf den

11. April 1900, Vormittags 11½ Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 17. Mai 1900, Vormittags 10½ Uhr,

vor **dem** unterzeichneten **Gerichte,** Pfefferstadt, **Zimmer 42, Termin** anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 10. April 1900 Anzeige zu machen. (3605

Königliches Amtsgericht Abthl. 11 zu Danzig.